

Rezensionen

Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen als Avantgarde. Essay. Berlin: Aufbau Verlag 2003, 208 Seiten, 16, 50 Euro.

Wolfgang Engler ist ein Meister griffiger Formulierungen, der interessante Beobachtungen mit anregenden Thesen mixt und mit diesem oder jenem Ideengeber aus der Fachsoziologie würzt. Er versucht, den von ihm für typisch gehaltenen Erfahrungshorizont ostdeutscher Intellektueller in die Debattenwelt der alten Bundesrepublik zu transformieren. Geschickter als andere beharrt er auf Eigenarten einer DDR-Zivilisation, die er nicht nur auf die politischen Rahmenbedingungen reduziert sehen will. Im vorletzten Buch, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenem Land*, fand er für die DDR den Begriff einer „arbeiterlichen Gesellschaft“ und lieferte somit die Chiffre, die den DDRischen Eigensinn entschlüsseln sollte. Dieser Begriff wird auch im neuen Buch ausgiebig erklärt, verteidigt und differenziert.

Eigentlich heißt ja das neue Buch: *Die Ostdeutschen als Avantgarde* – ein irreführender Titel, mit dem sich nur die letzten 35 Seiten beschäftigen. Sie bieten Beobachtungen über Mobilität und Flexibilität und das Ende der Arbeitsgesellschaft. Man hätte das und die mitunter auseinanderstrebenden Darlegungen gut in einigen Aufsätzen nebeneinander abhandeln können. Aber erst dem durchgeschriebenen Text mit wuchtiger These ist die Aufmerksamkeit sicher. Dazu paßt, daß Engler gleich in der ersten Zeile des Bandes bekennt, vom Geschäftsführer des Aufbau-Verlages mit dem Titel konfrontiert und zum Buch zur These animiert worden zu sein. Wieder einmal Ostselbstbewußtsein als kalkuliertes Markenprodukt. Wolfgang Engler zögert geschickt das angekündigte Thema in seiner Schrift möglichst lange hinaus. Und referiert lieber, wa-

rum die Ostdeutschen immer ostdeutscher werden. Frei nach Hegel: „Aus den Ostdeutschen *an sich* wurden die Ostdeutschen *für sich*.“

Engler bedient sich auffällig oft des Dokumentarfilms, um Beispiele für Entwicklungen von DDR-Menschen nach dem Ende der DDR aufzuzeigen. Sie sind oft negativ. Der Autor berichtet von Unruhe, Getriebensein, Erschöpfung, so erscheine die oftmals beklemmende Ruhe des alten Regimes in günstigerem Licht. Postkommunistische Phänomene, der Aufstieg der PDS, die drei Generationen der DDR – vieles wird angesprochen, manches eindrücklich benannt. Aber nicht alles logisch zueinander in Beziehung gebracht. Erhellend sind Generationszuschreibungen innerhalb der DDR-Geschichte. Er geht auch auf rechtsradikale Orientierung unter ganz jungen Ostdeutschen in den achtziger Jahren ein. „Die späte DDR wurde von ihrer Vorgeschichte eingeholt“, resümiert Engler.

An solchen Stellen, wenn der Soziologe problematische und riskante Spätfolgen seiner sonst positiv reflektierten „arbeiterlichen Gesellschaft“ schildert, geraten seine Ausführungen mürrischer, knapp und weniger anschaulich. Sie passen nicht ins Konzept einer ostdeutschen Identität, die für Gesamtdeutschland interessant sein könnte. Ein Lehrausbilder zitierte mir einen, in den achtziger Jahren häufig gehörten Satz von Lehrlingen, mit dem sie auf DDR-staatliche Anmaßungen reagierten: „Da könnte ich glatt zum Nazi werden!“ Vielleicht fehlt es nicht nur Engler an auswertbarem Material aus den nicht-intellektuellen ostdeutschen Milieus. Das gilt auch für die Zeit ihrer Auflösung in den neunziger Jahren. Gerade in der DDR tätige Journalisten, Filmemacher und Schriftsteller zeigten bei der versuchten Nähe zu diesen Erfahrungsbereichen nach 1990 ihre selektiven Wahrnehmungsprägungen. Dissidenten und deutlichere

DDR-Kritiker kommen nicht vor oder werden als Zumutung empfunden. Das schließt zeitweilige Anbiederungsgesten an sie ein. Ansonsten werden sie als Konkurrenz erlebt – unter anderem im Kampf um die eigene Erinnerung. Und deren Versuch, sich als Subjekt möglichst unabhängig vom Willen des Staates agierend zu denken. Auch ein Wolfgang Engler versteht sich natürlich als ein kritischer Intellektueller der DDR. Mindestens seine Tätigkeit als Dozent an der Schauspielschule „Ernst Busch“ – lange vor dem Ende dieses Staates – setzte zumindest seinem öffentlich referierten Eigensinn Grenzen. Solche eigenen Geschichten werden im Buch nicht beschrieben und analysiert.

Engler vergleicht ausführlich Schulaufsätze von Jugendlichen während des Verschwindens der DDR und kommt zu wichtigen Beobachtungen. Diese aufregende Zeit mußten viele Jugendliche als eine problematische erleben, weil die Heranwachsenden sich mehr als zuvor selbst überlassen blieben. Auch die Ost-West-Differenzen, Urteile und Vorurteile arbeitet er heraus. Doch wenn sich die Ost-Schüler über alte SED-Seilschaften mokieren, kanzelt er das ungeliebte Thema „Abrechnung mit SED-Funktionären“ als von den Eltern vorgegeben ab. Als ob die geschilderten wirtschaftlichen Ängste dagegen alle schon durchlitten waren. Und persönliche Erlebnisse von Schülern mit Lehrern, Eltern oder deren Bekannten konnten durchaus zu der Vermutung führen, in alten Eliten eine Gefahr für die Entwicklung der Ex-DDR zu sehen. Sicher ein unangenehmer Gedanke für einen, der als Dozent unter Umständen zu dieser Elite gerechnet worden wäre.

Vielleicht neigt ja der Soziologie generell dazu, einer Generation die Rechtfertigung ihrer Erfahrungen und Haltungen zu liefern. Als eine Art pragmatisch gelifteter Philosophie mit visionären Elementen, die manchmal als Ersatz-

Theologie funktionieren. Wolfgang Engler kann anschaulich schreiben. Mit gezügelter Wut listet er die Folgen der deutschen Einheit und der Abwicklung einer DDR-geprägten Intelligenz auf. Und blickt zurück nach vorn: „Insofern könnten die Letzten, die der „westlichen Werteordnung“ beitraten, die Ersten sein, die sie wieder ernstlich in Verlegenheit bringen; in der Manier, ein System beim Wort seiner verhimmelten Prinzipien zu nehmen und dadurch von innen zu entwaffnen, sind sie jedenfalls geübt.“ Passagenweise gelingt Engler eine Predigt voller Furor, die sich der westdeutsche Leser unbedingt zumuten sollte. Er schildert die Qualen und Folgen sozialer Abstiege im Osten Deutschlands. Zum Beispiel den einer Renate, die ihn mit Gewaltphantasien kompensiert. Sie spricht vom unvermeidlichen Bürgerkrieg. Spätestens an dieser Stelle könnte der Leser das Buch doch als Drohung an die Westdeutschen verstehen. Der den Osis im Titel zugeordnete Begriff Avantgarde wäre der alte revolutionäre nach Lenin – die Avantgarde als Vorhut der Nichtmehr-Arbeiterklasse. Engler legt nach und beendet diesen Absatz mit einem Ausrufezeichen: „Ein Hoch auf Renate!“

Solche kurzen expressiven Einsprengsel verleihen dem Buch stilistisch Dynamik und der Haltung des Autors eine Deutlichkeit, die er in anderen Passagen mit Denkspielen retuschiert. Engler will sicher nicht die simple Gewalt, er will das bewußte Aufbegehren gegen die Verhältnisse. Darin erkennt er die Qualität der Renatschen Haltung im Vergleich zu drei von Richard Sennett geschilderten Computerspezialisten, die sich selbst für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Denn Renate lenkt den Impuls nach außen, auf die Gesellschaft. Der Autor schwärmt: „Sich wieder als Akteur ihres Schicksals begreifen zu können bedeutet für sie, ihre Vereinzelung zu durchbrechen und sich mit anderen

zu durchbrechen und sich mit anderen zu verbünden.“ Gut gebrüllt, Soziologe, nur würde ein Eintritt in die organisierte Kriminalität auch die Intention dieses Satzes erfüllen. Und damit doch noch zum Titel. Eigentlich will ja Engler Deutschland nur auf das Ende der Arbeitsgesellschaft bisherigen Stils vorbereiten: „Kann man den erzwungenen Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft so gestalten, daß er nicht nur lebbar ist, sondern anziehend wird, zur inneren Alternative der Arbeitsgesellschaft avanciert?“

Damit nicht das Bewußtsein allein das nacharbeiterliche Sein definieren soll, möchte Engler jedem die bisher großzügigste Variante eines garantierten Bürgergeldes als lebenslängliches Auskommen verpassen. Er handelt das nur kurz ab, weil er nicht so ganz an die Leistungsfähigkeit dieser Wirtschaft glaubt, die plötzlich jedem alles Nötige bezahlt. Nur für Deutsche oder allen in Deutschland lebenden oder jeden, der hierherkommt? Engler verschwendet keinen Gedanken daran. Auch nicht, daß so ein Einheitsgeld für den Single in der Innenstadt Münchens möglicherweise weit weniger wert ist als für den Arbeitslosen im Haus seiner Eltern in ländlicher Umgebung – dasselbe ist eben nicht immer das gleiche. Und umgekehrt. Daß Engler sich gegenüber ökonomischen Zusammenhängen borniert verhält, überrascht nicht. Aber warum die Ostdeutschen sich durch eine Art Super-Transfergesellschaft West selbstbestimmter fühlen könnten, widerspricht den Darlegungen zuvor in seinem eigenen Buch. Sollen alle Deutschen sich ähnlich einem ehemaligen DDR-Bürger fühlen? Wären dann die Ostdeutschen glücklicher, wenn Mißmut und Arbeitslosigkeit – die dann nicht mehr so genannt wird – sich gleichmäßig über das Land verteilen? Engler jongliert im gesamten Buch mit Beobachtungen und Thesen aus deutsch-deutschen Zusammenhängen.

Bei keiner vollführt er das so lustlos und ungeschickt wie bei der These aus dem Buchtitel. Wenn Ostdeutsche durch benötigte größere Flexibilität wirklich besser auf die nacharbeiterlichen Gesellschaften vorbereitet sein sollten, dann gilt dies noch mehr für weiter im Osten liegende Staaten. Die Avantgarde ist dann jeweils ein Stück weiter östlich – bis sie in den Weiten Rußlands aus Mangel an Menschen doch versiegt. Wolfgang Engler überzeugt immer dann, wenn er neugierig bleibt und nicht nur geschickt die Sätze um seine Thesen herumgruppiert. Vielleicht dachte der Autor auch an sich, als er schrieb: „Der ostdeutsche Gemeinsinn kopiert die DDR-Geschichte nicht; er bedient sich ihrer als Steinbruch für Erzählungen, die der Vergangenheit Bewandnis, der Gegenwart Rückendeckung und dem Schritt in die Zukunft Orientierung geben.“ Fast ein Wort zum Sonntag. Verhindert das Beharren auf einer ostdeutschen Identität ihr Entstehen?

Lutz Rathenow

Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation. Hrsg. und eingeleitet von Matthias Uhl und Armin Wagner (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte). München: Oldenburg Wissenschaftsverlag 2003, 220 Seiten, 24,80 Euro.

Als Stalins ungeliebtes Kind sollte die DDR nach der Interpretation eines ost-westlichen Historikergespans in die Geschichte eingehen. Die beiden jeweils aus verschiedener Perspektive vor 1989 als Status-quo-Interpreten hervorgetretenen Autoren legten fünf Jahre nach dem Ende der DDR die steile These auf, durch die Schaffung vollendeter Tatsachen habe Walter Ulbricht gegen Stalins Intention die DDR-Gründung durchgesetzt. Ulbrichts vollendete Tatsachen blieben freilich so lange unvollendet, bis

er sich seines Staatsvolkes derart bemächtigen konnte, daß es sich nicht mehr durch fortgesetzte Verflüchtigung der Volksbildung des SED-Regimes entziehen konnte. Nunmehr liegt die Fortschreibung der These über den raffinierten sächsischen Staatengründer vor. Matthias Uhl und Armin Wagner wollen in der Einleitung ihrer Dokumentation über den Mauerbau glauben machen, Ulbricht habe „trotz des weiter bestehenden Neins aus Moskau“ in der ersten Jahreshälfte 1961 die Vorbereitungen für den Mauerbau vorangetrieben und damit die Anweisungen der sowjetischen Vormacht hintertrieben. Nicht einmal die KGB-Niederlassung in Berlin Karlshorst habe mitbekommen, was die SED-Spitze ausheckte.

Uhl und Wagner beziehen sich in diesem verschwörungstheoretisch außerordentlich interessanten Abschnitt ihrer Einleitung auf in diesen Dingen erfahrene Gewährsleute. Namentlich sind das Hans Bentzien für die DDR-Seite sowie Baily, Kondraschow und Murphy als KGB-Kenner. Bentzien hatte nach seiner eigenen Darstellung am 23. Februar 1961 an einer „Vorbereitungskommission für den Mauerbau“ teilgenommen, in der Bruno Leuschner (Plankommission), Erwin Kramer (Verkehrsminister) und Ernst Scholz (Bauminister) das Wort führten. Bentziens Aussage, daß gleichzeitig militärische Absprachen durch Generäle der DDR mit dem sowjetischen Stab in Wünsdorf getroffen wurden, weisen Uhl und Wagner in den Bereich der Zeitzeugenirrtümer: „Dies geschah augenscheinlich aber erst zu einem späteren Zeitpunkt“, meinen sie.

Augenscheinlich? Damit ist der Augenschein gemeint, der sich beim Lesen der Darstellung von Bailey, Kondraschow und Murphy herstellt. Bentzien war zumindest, wenn man ihm glauben kann, auf der besagten Planungssitzung von Regierungsfunktionären anwesend, was man von den drei Geheimdienstvetera-

nen nicht behaupten kann. Sie berichten vom Hörensagen. Wie aber sollte dem KGB, der selbst über Gewährsleute in der SED-Spitze und im MfS verfügte, entgangen sein, was im Februar 1961 bereits in einer Kommission von DDR-Ministern erörtert wurde.

Erstaunlicherweise erwähnen Uhl und Wagner auch den Briefwechsel zwischen Ulbricht und Chruschtschow vom Dezember 1960 und Januar 1961 nicht, aus dem hervorgeht, wie sich die beiden Ersten Sekretäre über weitere Schritte verständigten. Der Briefwechsel weist auf einen durchaus konsensualen Prozeß hin, wobei Ulbricht als Mann an der Front recht ungeschminkt die bedrohliche Lage ins Hinterland berichtete. Strittig war der Zeitpunkt, wann die „Maßnahmen“ angeordnet werden sollten, über die man sich im Prinzip schon verständigt hatte. Der Ablauf der logistischen Vorbereitungsmaßnahmen zum Mauerbau seit Juni 1961 ist der Dokumentation von Uhl und Wagner präzise zu entnehmen. Das Material spricht für sich, trotz der einleitenden Spekulationen seiner Herausgeber.

Jochen Staadt

Eisenfeld, Bernd/Kowalczyk/Ilko-Sascha/Neubert, Ehrhart: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte. Bremen: Edition Temmen 2003, 847 Seiten, 29,90 Euro.

Die Flut von Veröffentlichungen und Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag der Volkserhebung am 17. Juni 1953 haben überdeckt, daß kaum ein historisches Ereignis im geteilten Deutschland in der Bewertung so umstritten war wie dieses Ereignis. Galt er demokratischen Antikommunisten als Aufstand für Freiheit, Demokratie und Einheit, qualifizierten ihn die SED-Führung und ihre Historiker als faschistischen oder zumindest konterrevolutionären Putsch ab. Nach dem Untergang der DDR und der Öffnung ihrer Herrschaftsarchive wurde freilich sehr bald deutlich, daß in den Tagen um den 17. Juni Menschen aus allen sozialen Schichten das kommunistische Regime in Frage stellten und ihm die Legitimation absprachen. Die im Vorjahr erschienenen zahlreichen Studien belegen, daß es in über siebenhundert Städten und Gemeinden der DDR zwischen dem 16. und 21. Juni zu Demonstrationen, Streiks, Kundgebungen und anderen Protestformen kam, an denen sich etwa eine Million Menschen beteiligten. Nur mit brutaler Gewalt gelang es der sowjetischen Besatzungsmacht, den Aufstand niederzuschlagen. Als Reaktion baute die traumatisierte SED-Führung ihren Sicherheits- und Repressionsapparat systematisch weiter aus.

In ihrem voluminösen Buch haben Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczyk und Erhart Neubert, drei Wissenschaftler aus der Birtler-Behörde, nahezu alles zusammengetragen, was seit fünfzig Jahren über den 17. Juni in wissenschaftlichen, politischen, aber auch literarischen und künstlerischen Debatten geäußert und geschrieben wurde. Das Buch ist zweifelsohne eine wahre

Fundgrube für zeitgeschichtlich Interessierte, die sich intensiver mit der deutschen Teilungsgeschichte auseinandersetzen wollen. Gleichwohl bleibt einiges kritisch anzumerken.

Die Autoren heben die Bedeutung dieses Tages nicht nur für die Geschichte der DDR und Deutschlands, sondern auch für Europa, vor allem für den kommunistisch besetzten Teil, hervor. Für sie steht die Volkserhebung zu Recht in einer Reihe mit Aufständen im sowjetischen Imperium, beginnend mit dem von Linkskommunisten und Anarchisten getragenen Aufstand von Kronstadt über die polnische Streikbewegung 1980/81 bis hin zu den Demonstrationen im Herbst 1989.

Für die kommunistischen Machthaber und ihre Ideologen waren die Volkserhebungen – aus ihrer Sicht zu Recht – konterrevolutionärer Natur, da es den Aufständischen neben der Beseitigung sozialer Mißstände zumeist auch um die Abschaffung der kommunistischen Herrschaft ging. Die europäischen Westmächte und die USA haben die Aufstände zwar propagandistisch für sich genutzt, aber nicht unterstützt, schließlich wollte man keine Instabilität im Ostblock riskieren. Aber nicht nur die offizielle Politik des Westens akzeptierte die sowjetische Repressionspolitik, sondern insbesondere große Teile der Intellektuellen ignorierten die Opposition im Osten und schwiegen selbst zu den elementaren Menschenrechtsverletzungen. Es gehört wohl zu den beschämendsten Vorgängen in der alten Bundesrepublik, wie im linken Spektrum der Protest am 17. Juni fehlinterpretiert, verdrängt und sogar als reaktionär oder rechtsextrem diffamiert wurde.

Während sich anfangs die großen politischen Lager in der Bundesrepublik, auch wenn sie die Unruhen unterschiedlich interpretierten, einig waren, die Volkserhebung als Gedenk- und Feiertag zu würdigen, mehrten sich in der Ära der

Entspannungspolitik die Stimmen derjenigen, die den Feiertag abschaffen und seine Bedeutung ignorieren wollten. Bundeskanzler Willy Brandt bewertete 1970, woran die Autoren erinnern, diesen Tag als Wunsch der Deutschen zur Erhaltung des Friedens, der höher gewesen sei als der Wunsch nach nationaler Einheit. Staatliche Einheit hielt er nur noch im Rahmen einer europäischen Friedensordnung für möglich. In den nachfolgenden Jahren gab es immer wieder Vorstöße, zumeist von SPD-Vertretern wie Egon Bahr und Helmut Schmidt, den 17. Juni als Feiertag abzuschaffen. Die Jungsozialisten sprachen im Juni 1989 gar von einem „Gespens-tergedenktag“ und forderten in einer Erklärung, „daß die Bundesrepublik offiziell auf das staatliche Ziel der Wiedervereinigung verzichten und die entsprechende Formulierung aus dem Grundgesetz streichen sollte. Ein solcher Schritt wäre ein positives Signal nach Osten wie nach Westen. Der 17. Juni als Gedenktag ist abzuschaffen.“

Helmut Kohl beging 1983 den 17. Juni wieder als Staatsakt im Bundestag und würdigte ihn gegen den erbitterten Widerstand der gerade in das Parlament eingezogenen, von ihrer Genese her überwiegend linksradikal eingestellten Grünen als Tag der Deutschen Einheit, als nationalen Gedenktag des deutschen Volkes. Gleichwohl verlegte der „Kanzler der Einheit“ unmittelbar nach der Vereinigung den Feiertag auf den 3. Oktober.

Die Autoren, die sich methodisch einem an Hannah Arendt und Agnes Heller orientierten Totalitarismuskonzept verpflichtet fühlen, erwähnen erstaunlicherweise die zentrale, von Heller, Feher und Markus verfaßte Analyse zur kategorialen Bestimmung des sowjetisch geprägten Kommunismus (*Der sowjetische Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag*) überhaupt nicht. Sie ordnen die Volkserhebung, ohne dies

überzeugend begründen zu können, als – gescheiterte – Revolution ein und ziehen einen langen Bogen zu Massenflucht und Demonstrationen im Herbst 1989, die zum Untergang des SED-Staates und in der Folge – durch die Vereinigung – zu einer revolutionären Umgestaltung von Staat und Gesellschaft führten. Allerdings gab es auch bei den Aktivisten der 89er Opposition kaum Erinnerungen und Bezüge zum 17. Juni 1953. Ihr Bezugspunkt war eher der Prager Frühling und die Vision eines demokratischen Sozialismus. Das Gemeinsame von 1953 und 1989 liegt wohl in dem Streben nach Freiheit, Wohlstand und Einheit bei großen Teilen der Bevölkerung, was nicht unbedingt den Intentionen der 89er Opposition entsprach.

Zu den nicht zu übersehenden Schwächen des Buches gehört weiterhin die überzogene Bewertung der nationalen Dimension dieser Erhebung. In den frühen fünfziger Jahren stand ohnehin in allen politischen Lagern die Vereinigung Deutschlands ganz oben auf der Tagesordnung, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen und mit konträren Perspektiven. Die Aufständischen haben insoweit nur ausgedrückt, was ohnehin niemand in Zweifel zog. Gewichtiger scheinen die Dimensionen des Rufes nach Freiheit und Demokratie sowie nach Verbesserung der sozialen Lage. Die Überbetonung der nationalen Dimension durch die Autoren scheint eher geschichtspolitischen Absichten als wissenschaftlicher Erkenntnis entsprungen. Ein weiteres Manko sind überlange Betrachtungen zur Geschichtswissenschaft in der DDR, die von den Autoren an anderer Stelle schon veröffentlicht wurden und die zur Betrachtung des 17. Juni wenig beitragen. Diese kritischen Anmerkungen ändern jedoch nichts an der Bedeutung des Werkes als Materialband und gewichtigen Diskussionsbeitrag zur Charakterisierung der Volkserhebung.

Klaus Schroeder

Suckut, Siegfried/Weber, Jürgen (Hrsg.): Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz. München: Olzog Verlag 2003, 338 Seiten, 19,80 Euro.

Der vorliegende Band rekonstruiert die Entstehungsgeschichte der Stasi-Unterlagenbehörde und versucht, eine Zwischenbilanz ihrer Arbeit zu ziehen. Im Fokus steht dabei die Frage, ob und in welchem Maße sie zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der DDR-Geschichte beigetragen hat. Die meisten Autoren des Sammelbandes waren oder sind bei der Behörde beschäftigt oder haben ihre Entstehung aus unmittelbarer Nähe miterlebt oder mitgestaltet.

Der erste Bundesbeauftragte für die MfS-Unterlagen, Joachim Gauck, erinnert in bewegenden Worten an die erste Akteneinsichtnahme prominenter DDR-Oppositioneller: „Daß Erinnern eben nicht nur bedeutet, etwas Vergangenes neu zu wissen, sondern eben auch, es neu zu fühlen. Wobei viele, als sie Unterdrückung zu erleiden hatten, ihre Gefühle abgetötet hatten, um hart zu werden. Mancher fand so erst jetzt die authentischen Gefühle von Zorn, Wut, Scham und Trauer und antwortete so im Nachhinein auf die damalige Lebenssituation.“

Seine Nachfolgerin Marianne Birthler versteht das von ihrer Behörde verwalteten Schriftgut nicht nur als Dokumentenmaterial eines riesigen Unterdrückungsapparates, sondern auch als Beleg eines ideologisch motivierten Versuches der Kommunisten, der Wirklichkeit ihre Ideologie aufzustoßen. So zeugen die schriftlichen Hinterlassenschaften der Stasi auch von ihrem Wirklichkeitsverlust. Wolfgang Ullmann weist in seinem Beitrag darauf hin, daß die Veröffentlichung der Stasi-Unterlagen den ehemaligen Machthabern ihr Herrschaftswissen entrissen und damit zu ihrer Entmythologisierung und Deligitimation beigetragen hat. Ausführlich widmen sich

zwei Beiträge der frühen Behördengeschichte und erinnern an die Bürgerkomitees, die damals eine vor allem von westdeutscher Seite geforderte „differenzierte Vernichtungsregelung“ verhindern konnten.

Lutz Rathenow schildert, wie die Stasi ihn bis in das alltägliche Leben hinein überwachte und einen gegen ihn gerichteten Zersetzungsplan entwarf. Hiernach sollten die MfS-Mitarbeiter unter anderem für eine fachliche Herabwürdigung seiner literarischen Arbeiten sorgen und die Möglichkeit prüfen, seine Ehe zu zerstören. Ein unbekannter Gutachter, wahrscheinlich ein Wissenschaftler, der dem MfS zugearbeitet hat, bescheinigte Rathenow, mit seinem literarischen Werk ein Konzept der „konterrevolutionären Brutalisierung“ entwickeln zu wollen. Beim Lesen dieses Gutachtens erschrak Rathenow ob seiner vermeintlichen subversiven Gefährlichkeit, der er sich als Schriftsteller überhaupt nicht bewußt war.

Ehrhart Neubert skizziert in einem gelungenen Beitrag das Verhältnis von MfS und Opposition seit den siebziger Jahren. Angesichts der internationalen Anerkennung der DDR und der nun möglichen Beobachtung durch die westliche Presse setzten SED und MfS gegenüber Widerständigen auf eine möglichst flächendeckende Überwachung und lautlose Bekämpfung. Für prominente Oppositionelle entwickelte das MfS nun umfassende Zersetzungspläne. Die Repression hörte mit der Phase der deutsch-deutschen Entspannungspolitik nicht auf, wandelte sich nur von der offenen in die lautlose Repression. Da diese Form der Unterdrückung seinerzeit nicht offenkundig war – und anscheinend auch heute noch nicht ist –, behaupten nicht wenige Zeitgeschichtler und Zeitzeugen, die späte DDR sei auf dem Weg zu einer „normalen“ Gesellschaft gewesen bzw. sei in eine Nischengesellschaft übergegangen. Ein

Aufschrei der Empörung hat die Aufdeckung von Zersetzungsplänen in der einschlägig interessierten westdeutschen Öffentlichkeit insoweit nicht hervorgehoben, wie auch Mißhandlungen und Folter in DDR-Gefängnissen immer noch weitgehend unbeleuchtet und einer größeren Öffentlichkeit unbekannt sind.

Neubert erwähnt auch einen in vielen Arbeiten zur DDR-Opposition häufig tabuisierten Sachverhalt: die Anwerbung und Einschleusung von offiziellen Mitarbeitern in oppositionellen Gruppen. In der Initiative für Frieden und Menschenrechte waren zum Beispiel von den etwa dreißig Mitgliedern die Hälfte als IM verpflichtet. Unter ihnen befanden sich auch Prominente wie die späteren Vorsitzenden des Demokratischen Aufbruchs und der ostdeutschen Sozialdemokraten, Wolfgang Schnur und Manfred Böhme.

Neben den instruktiven und flüssig geschriebenen Beiträgen von Gauck, BIRTHLER, Rathenow und Neubert fallen einige Aufsätze von Mitarbeitern der Forschungsabteilung der Behörde deutlich ab. Weder gelingt es Jens Gieseke in seinem Beitrag zum Zusammenhang von Zeitgeschichtsschreibung und Stasi-Forschung, die gemeinsamen und trennenden Dimensionen von Herrschafts- und Alltagsgeschichte in einer totalitären Diktatur zu verdeutlichen, noch kommt Helmut Müller-Enbergs bei seiner Schilderung der Erforschung der MfS-Westarbeit über eine komprimierte Literaturschau hinaus.

Harald Both informiert über rechtliche und sachliche Probleme bei der Überprüfung von Personen durch die Stasi-Aktenbehörde und widerlegt den in der Öffentlichkeit von interessierter Seite oftmals zu hörenden Vorwurf, die Behörde bewerte die gefundenen Materialien in ihrem Sinne. Tatsächlich wird den Antragstellern nur Material über die zu überprüfende Person zur Verfügung gestellt. Welche Konsequenzen die je-

weilige Institution hieraus zieht, ist ihr selbst überlassen. Leider enthält dieser Beitrag keine detaillierten oder auch nur exemplarischen Zahlen, wie viele Mitarbeiter, bei denen eine IM-Tätigkeit festgestellt wurde, tatsächlich von ihrem Arbeitgeber entlassen wurden.

Die Akten lieferten aber auch an anderen Stellen wichtige Informationen. Die juristische Aufarbeitung der SED-Herrschaft konnte, wie der bei der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität als Abteilungsleiter beschäftigte Bernhard Jahntz berichtet, auf die Materialien des MfS zurückgreifen, so etwa bei den Plänen zur Liquidierung ehemaliger in den Westen geflohener MfS-Mitarbeiter. Bisher haben die Recherchen in den Archivalien 58 Fälle dokumentiert, bei denen der Verdacht besteht, daß Menschen durch das Einwirken des MfS ums Leben kamen oder dies zumindest versucht wurde. Jahntz belegt, warum dieser Aspekt der juristischen Aufarbeitung keine „Siegerjustiz“ war. Es gab nur sehr wenige Anklageerhebungen und Gerichtsverfahren, und die Urteile fielen durchweg milde aus; nur 26 Personen wurden unter anderem wegen Gewalttaten an der Grenze oder Justizunrecht zu Freiheitsstrafen ohne Bewährung verurteilt.

In weiteren Beiträgen wird der Rechtsstreit Helmut Kohls mit der Behörde thematisiert und die Haltung Marianne BIRTHLERS dazu begründet. Für die Zeitgeschichtsforschung sei der Zugang zu den Stasi-Unterlagen auch weiterhin notwendig. Ob die Behörde selber eine Forschungsabteilung unterhalten muß, bleibt jedoch nach der Lektüre der verschiedenen Beiträge unklar. Sinnvoller wäre es, wie Johannes Beleites in seinem Aufsatz fordert, die Bedingungen für auswärtige Wissenschaftler zu verbessern, indem ihre Benachteiligung gegenüber Forschern innerhalb der Behörde aufgehoben wird. Dies würde nicht nur eine Überprüfung behördeninterner Forschungsarbeit ermöglichen, sondern

die Stasi-Unterlagen könnten auch stärker in die Zeitgeschichtsforschung einbezogen werden. Derzeit sind Wissenschaftler immer noch auf Recherchen von Behördenmitarbeitern angewiesen. Gänzlich unthematisiert bleibt in diesem Buch, ob der hohe Personalaufwand der Forschungsabteilung generell gerechtfertigt ist. Eine entsprechende Evaluation, wie sie andernorts nach einigen Jahren üblich ist, hat hier bisher nicht stattgefunden.

Klaus Schroeder

Doernberg, Stefan: Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters. Berlin: Edition Ost 2004, 288 Seiten, 14,90 Euro.

Das Foto auf dem Einband stimmt den schrägen Ton schon an: Ein Rotarmist teilt Suppe aus – offenbar an deutsche Zivilisten. Der Krieg ist aus, und die Sowjetarmee geht zum humanitären Einsatz über. Das ist das Bild, das dem Verlag und wohl auch dem Autor gefällt, ein klassischer Topos im Stile der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische-Freundschaft: Wahrhafte Internationalisten und Samariter, diese Sowjetsoldaten, und unter ihnen war Stefan Doernberg aus Berlin. Rot und fett läuft ein Balken über diese Idylle, über den Soldaten, über die Kelle, darauf der Buchtitel: „Fronteinsatz“. Lebenslang. Auf den 288 darauffolgenden Seiten teilt Stefan Doernberg seine Lebenssuppe aus.

Nichts gegen Erinnerungen alter Männer (der Verlag nennt das Werk in Übersetzung oder Unkenntnis auch „Autobiographie“), sie sind zwar häufig einseitig, verklärend, selbstrechtfertigend, doch immerhin lassen sie den einen oder anderen Rückschluß zu und geben Auskunft über die Gedankenwelt des Autors. Wenn man ihm glauben will, nahm Doernberg, 1924 in ein kommunistisches Elternhaus hineingeboren, bald am Klassenkampf teil. Der Knabe verteilte Flugblätter für die KPD, diskutierte 1932 über den Verkehrsarbeiterstreik in Berlin, den – was bei ihm freilich nicht vorkommt – die KPD und die NSDAP gemeinsam gegen die sozialdemokratische Verwaltung unter Ernst Reuter angeheizt haben, und war schließlich als Achtjähriger von Hitlers Machtergreifung überrascht: „Die Errichtung der faschistischen Diktatur hatte ich nicht erwartet, in meinem kindlichen Glauben erwartete ich eine Revolution. Leider hatten auch viele Erwachsene, darunter Politiker, die Zeichen der Zeit nicht richtig gedeutet.“ Ansonsten lebte man

bescheiden und klassenbewußt, der Vater, Jude und Kommunist, war Funktionär im Erwerbslosenausschuß, bis die Familie in die Sowjetunion emigrierte. Die Projektion eines Achtzigjährigen auf den Achtjährigen, der er einmal war, geben schon auf den ersten Seiten die Marschrichtung an.

Es wäre interessant gewesen zu erfahren, wie ein Halbwüchsiger das Exil im Sowjetrußland der dreißiger Jahre erlebt hat, das ständige Umherziehen, ohne eigene Unterkunft, angewiesen auf Freunde und die Rote Hilfe. Wenn man ihm glauben will, hat ihn das kaum angefochten: Der Vater im Lager, Mutter und Sohn plötzlich ohne Aufenthaltserlaubnis, selbst die Audienz bei Michail Kalinin kann nichts richten, dann werden beide in eine „kleine Verbannung“ aus Moskau hinaus aufs Dorf geschickt – Doernberg trat dem Komsomol bei. Er schreibt vom Stalinschen Terror rückblickend als „schlimme Tragödie“ oder „schlimme Verbrechen“, auch mal von „schlimmer Deformation“ und vom „Schandfleck“. Die Ideen von Marx, Engels und Lenin seien falsch ausgelegt worden. „Tragische Ereignisse“ überziehen den ansonsten wahren, schönen und guten Sozialismus wie Patina. Aber die edle Substanz wird dadurch nicht angegriffen. Zum Winterkrieg 1939/40 gegen Finnland stellt der Autor schmallippig fest: „Es war seitens der UdSSR ein ungerechter Angriffskrieg“ und wendet sich danach seiner Abiturprüfung zu. Zu dumm, daß man einen Angriffskrieg noch nicht einmal als „tragisches Ereignis“ verkaufen kann. Auch der Hitler-Stalin-Pakt wird knapp verhandelt: Er sei für den Kreml eine pure Notwendigkeit gewesen, um nicht gänzlich isoliert zu werden, außerdem hätte er der Sowjetunion eine Atempause verschafft. Das geheime Zusatzprotokoll habe allerdings gegen geltendes Völkerrecht verstoßen.

Nach der Rede Molotows von 22. Juni 1941 habe er sich sofort als Freiwilliger an die Front gemeldet. „Ich hielt es für selbstverständlich, das Land, welches mich aufgenommen hatte und darum von mir als Heimat begriffen wurde, gegen seinen Feind zu verteidigen.“ Das mag natürlich so gewesen sein – aber für einen Staat, der ihn anderthalb Jahre zuvor um ein Haar zu den Nazis und damit ins KZ abgeschoben hätte, ein Staat, der für Monate den Vater verschwinden ließ – für so ein Gemeinwesen könnte man durchaus auch andere Gefühle gehegt haben. Und diese Liebe beruhte auch keineswegs auf Gegenseitigkeit: Schon im August 1941 war Doernbergs erster Fronteinsatz beendet, er arbeitete anfangs im Ural, doch dann wurde die Familie wieder in einem Dorf interniert. Wenig später fand sich Doernberg als Feind der Sowjetunion in der „Trudarmee“ wieder, jener Arbeitsarmee, in der die Rußlanddeutschen nach dem deutschen Überfall und dem Erlaß des Obersten Sowjets vom 28. August 1941 als „Diversanten und Spione“ Zwangsarbeit leisten mußten. 1943 wurde er wieder richtiger Soldat.

Im vorliegenden Buch strickt Doernberg weiter an der alten SED-Legende, Hitler sei ein bloßer Handlanger der Monopolkapitalisten gewesen, und schiebt ihn möglichst weit weg von dem anderen Führer, der im Kreml saß. Stalins Autorität beruhte nicht auf Terror, meint Doernberg, sondern auf seinen Leistungen als Staatsmann; die sozialistische Planwirtschaft sowie das Wirken der Kommunistischen Partei seien Hauptgründe für den Kriegserfolg der Sowjets gewesen. Danach habe die Möglichkeit einer offenen Entwicklung im besetzten Deutschland existiert, da es bis Sommer 1948 keinerlei konzeptionelle Vorgaben aus Moskau für eine Besatzungspolitik gegeben habe.

Doernberg tut so, als habe es in der SBZ einen demokratischen Wettbewerb zwi-

schen den neugegründeten Parteien gegeben. Die Gründung der SED sei ein mehr oder weniger freiwilliges Unterfangen gewesen – mit Unterstützung der Roten Armee. „Von sowjetischer Seite gab es Hilfestellung, Gegner der Einheit zu isolieren.“ Direkte Repressionen habe es erst nach der Vereinigung gegeben.

Der Autor selbst erlebte diese Zeit erst als Dolmetscher, später als Journalist bei der *Täglichen Rundschau*, einer von der Sowjetarmee in Berlin herausgegebenen Zeitung. Als 1949 sein Chef, ein russischer Offizier, verhaftet wird, überkommen den mittlerweile 25jährigen keine Zweifel. Vier Jahre später, der 17. Juni 1953? Tragik! Der Mauerbau? Friedenssicherung! Und als Kontrapunkt das Mantra, daß im Sozialismus nicht die Gesetze der Profitmacherei gelten. Lenin tritt in Doernbergs Erinnerungen als bedeutendster Denker und Revolutionär des 20. Jahrhunderts auf, Walter Ulbricht als Theoretiker, der, als er von Honecker kaltgestellt wurde, „würdevoll“ aus seinem Amt verabschiedet wurde. Erst im Hinblick auf den Prager Frühling ringt sich Doernberg zu einer tiefergehenden Kritik durch. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen sei eine Invasion gewesen, „nichts anderes“. Dennoch habe die Außenpolitik der Sowjetunion auch damals „ihren friedliebenden Charakter“ behalten.

Apropos Honecker. Der hatte kein Verständnis für theoretische Fragen, keine Ideen, kurzum – er war völlig ungebildet. Da waren sich Doernberg und sein Freund, der Edelkommunist Jürgen Kuczynski, schnell einig – beide gingen auf Distanz und lästerten von Stund an über den neuen ersten Mann im Staate. So will Doernberg ganz lautlos in der Opposition angekommen sein. Fortan kümmerte er sich um seine internationale Friedensarbeit und folglich um das „Überleben der Zivilisation“. In den achtziger Jahren wird er als Botschafter nach Helsinki abgeschoben, wo nach

und nach hochrangige Delegationen aus Ost-Berlin zu Gast sind, mit denen er sich zu vertraulichen Gesprächen über die politische Lage in der DDR trifft. Honecker schaute auch mal vorbei und entpuppte sich prompt als tumber Elchjäger und Betonkopf. Doernberg konstatierte bei allen Besuchern eine „gewisse Ferne“ zur Realität und resümiert erschüttert: „Das intellektuelle Niveau erschreckte mich.“ An diesem bedauernswerten Zustand der DDR-Spitzenfunktionäre dürfte freilich der frühere Hochschullehrer Professor Doernberg nicht unbeteiligt gewesen sein. Immerhin ist ein Teil der höheren SED-Nomenklatur durch seine Schulung gegangen.

Am Ende seiner Erinnerungen – wir befinden uns etwa im Jahr 1987 – benutzt Doernberg doch tatsächlich die Abkürzung NGO („Non-Governmental Organisation“ – Nichtregierungsorganisation) für sein DDR-Friedens-Komitee – zu einer Zeit, als noch die hinterste Kinderkrippe im Erzgebirge so etwas wie eine SED-Grundorganisation war. Spätestens hier wird klar, daß der Verlag ganz offensichtlich Doernbergs Manuskript ungelesen an die Druckerei durchgereicht hat. Von einem Lektorat ist nicht der Hauch zu spüren, ein einfaches Rechtschreibprogramm hätte Wunder bewirkt. Zu allem Überfluß hat der Autor seinen ohnehin weitschweifigen Erinnerungen kursiv gedruckte Abschnitte als „Analyse“ zur Seite gestellt. In denen läßt er dann ganz die Zügel fahren und schwadroniert über „die faschistische Diktatur“, das „Großkapital“, über Völkerrecht, internationale Politik, über die Landwirtschaft und über die Zwangskollektivierung als weise Entscheidung.

Was den Herbst 1989 betrifft, hätte Doernberg gern an einer Renaissance der „lebensnotwendigen antikapitalistischen Alternative“ mitgearbeitet. Allein, es gab keine „Zeitreserven“. Man fragt sich ernsthaft, in welcher Welt Stefan Do-

ernberg auf seinem immerwährenden Fronteinsatz bis 1989 gelebt hat? Doernberg hält bis zum Ende an dem Glauben fest, es gebe einen wahren, schönen und guten Sozialismus, einen Gral, den Marx, Engels und Lenin behütet und den Stalin, Gorbatschow und Honecker – jeder auf seine Weise – besudelt haben und der noch in irgendeiner Ecke der Welt herumsteht und darauf wartet, gefunden zu werden. Wenn irgend etwas wirklich „tragisch“ ist in diesem Buch, dann ist es die Selbstdemontage eines alten Kämpfers.

Einen Nutzen hat das Buch: Mit jeder Seite wuchs beim Rezensenten, der die Geschichte außerhalb der Nomenklatur miterlebt hat, die Freude, daß diese Deutsche Demokratische Republik ein für allemal beendet ist und nicht mehr bleibt als eine Fußnote in der deutschen Geschichte – und das nicht trotz, sondern wegen des unermüdlichen „Fronteinsatzes“ solcher Genossen wie Stefan Doernberg. Dafür könnte man ihm dankbar sein.

Thomas Gerlach

Jakowlew, Alexander: Die Abgründe meines Jahrhunderts. Eine Autobiographie. Übersetzt aus dem Russischen von Friedrich Hitzer. Leipzig: Faber & Faber 2003, 911 Seiten, 29,90 Euro.

Der 1923 geborene Alexander Jakowlew, unter dem KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow als Politbüromitglied und Sekretär des ZK der geistige Vater von Perestroika und Glasnost, legt eine Autobiographie vor, die eine schonungslose Abrechnung mit den Fehlentwicklungen in Rußland seit dem Scheitern der Reformen des Ministerpräsidenten Stolypin ist. fünfzehn Kapitel beinhalten Lebenserinnerungen, von Kindheit und Jugend in einem Dorf in der Nähe von Jaroslawl bis zu seinem Wirken in der Nach-Gorbatschow-Ära als Direktor der Inter-

nationalen Stiftung Demokratie in Moskau. In fünf Kapiteln schöpft er Quellen aus, die er als Vorsitzender der Kommission zur Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressionen zu sehen bekam, Dokumente unsäglicher Verbrechen am russischen Volk, die vor allem mit den Namen Lenin und Stalin verbunden sind. Er nennt Lenin, Stalin und Hitler die „Hauptverbrecher des Jahrhunderts“. Den Abschluß bilden siebzehn Dokumente aus den Jahren 1989 bis 2000.

An der Wolchow-Front als Oberleutnant schwer verwundet, schied er als Invalide aus der Roten Armee aus. Er studierte Pädagogik, erhielt das Stalin-Stipendium und wurde nach einem einjährigen Studium an der Parteihochschule hauptamtlicher Funktionär der KPdSU, zunächst auf Gebietsebene, ab 1953 im Apparat des ZK. Dort blieb er, zuletzt in der Funktion des stellvertretenden Leiters der Propaganda-Abteilung, bis 1973. Die folgenden elf Jahre als Botschafter in Kanada lehrten ihn, mit eigenen Augen zu sehen, „wie effektiv der Wettbewerb und der freie Markt waren“, wenn er auch nicht als Demokrat nach Moskau zurückkam, weil ihn die grobe Propaganda gegen die Sowjetunion störte und die Darstellung der negativen Seiten des sowjetischen Lebens kränkte. Er wurde zum Leiter des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen bei der Akademie der Wissenschaften ernannt. Seine Auslandserfahrungen, zu denen das einjährige Studium an der Columbia Universität („auf der Linie des ZK der KPdSU“) in den Jahren 1958 und 1959 gehörte, befähigten ihn, nach der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU (1985) zum Motor der Umgestaltung (Perestroika) und der Offenheit (Glasnost) zu werden, zunächst als Leiter der ZK-Abteilung für Propaganda, ab 1987 als Politbüromitglied und ZK-Sekretär.

Den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts stellt Jakowlew ein gutes Zeugnis aus: So flimmerte „ein Schimmer der Hoffnung auf. Der Lärm von Maschinen hallte in Rußland wider, die Felder standen in praller Ernte, das Wort war frei.“ Die Grundausbildung an den zaristischen Realschulen und Gymnasien habe den höchsten Ansprüchen in der Welt entsprochen. Die besten Geschäfte Europas hätten sich damals nicht in Paris und London, sondern in Petersburg und Moskau befunden. Als orthodoxer Christ findet er lobende Worte für seine Kirche, sie „verrichtete Großes für die Gesellschaft, sie erbaute kostenlose Spitäler, Asyle für Obdachlose, Armenhäuser, Altenheime, Schulen, Lehranstalten und vieles andere“. Die russische Tragödie begann mit dem Scheitern der Agrarreform des von ihm wohlwollend porträtierten Ministerpräsidenten Stolypin, der das Land aus der Umklammerung der Dorfgemeinde (Obschtschina) losreißen und die unter den Bauern vorherrschende Stimmung der Gleichmacherei überwinden wollte. Stolypin wurde 1911 ermordet.

Lenins „Umsturz im Oktober 1917“ ist für Jakowlew „die Konterrevolution [...], die einen terroristischen, faschistischen Staat rußländischer Prägung hervorbrachte“. Sehr emotional fügt er hinzu: „Der Wahnsinnstanz all dieser Verbrechen setzte sofort nach dem Oktoberumsturz ein. Nur ein blutrünstiges Ungeheuer konnte anordnen, Bauern aufzuhängen, unbotmäßige Bürger zu vergasen und mit einer rasenden Besessenheit über unser Vaterland herzufallen; nur ein von Wahnsinn Getriebener konnte unser Volk bis zum letzten Brotkrumen ausrauben und rund dreizehn Millionen Menschen im Bürgerkrieg, den er zielstrebig organisierte, vernichten.“ Der Stalinismus sei nichts prinzipiell Neues gewesen. Die Nostalgiker des Marxismus-Leninismus müssen es geradezu als Sakrileg empfinden, wenn

Jakowlew schreibt, die Bolschewiki hätten bei der Ergreifung und dem Ausbau der Macht die Psychologie der Ochlokratie, der Herrschaft durch den sklavisch begeisterungsfähigen und erbarmungslosen Pöbel, vortrefflich genutzt. „Im Bürgerkrieg rissen Unmenschen wie Bestien die Haut von Gefangenen, ermordeten Väter, Brüder, Schwestern, setzten Giftgas gegen Aufständische ein, zerspalteten Schädel, ertränkten Priester in Eislöchern ...“ Nach einem Rückblick auf die Schreckensherrschaft in der Französischen Revolution kommt er zu dem Ergebnis: „Die Wahrheit ist grausam: Vom Bodensatz einer Gesellschaft, aus ihren stillen Wassern werden nie mehr Dreck und Abschaum hochgespült als durch Revolutionen, Bürgerkriege und nationale Konflikte.“ An mehreren Stellen werden grauenhafte Einzelheiten über die großen Säuberungen in den Jahren 1936 bis 1938 geschildert, außerdem die Folterungen und Erschießungen in Stalins letzten Lebensjahren. Jakowlew nennt die Spitzenfunktionäre, die ihre Unterschrift unter die vielen Erschießungslisten setzten. Er schätzt die Zahl der aus politischen Gründen Ermordeten, der in Gefängnissen und Lagern Umgekommenen auf etwa 20 bis 25 Millionen Menschen, die Zahl der Verhungerten im Bürgerkrieg auf 5,5 Millionen, in den dreißiger Jahren auf 5 Millionen. Ihm fehlt das Verständnis dafür, daß es heute noch Menschen gibt, die die Porträts der „Mörder und Paranoiker Lenin und Stalin“ durch die Straßen tragen.

In die Darstellung der zwanzig Jahre, in denen Jakowlew im Apparat des ZK arbeitete, fällt die Charakterisierung der Parteiführer Chruschtschow und Breschnew. Er schildert Chruschtschow in seinen Widersprüchen, rechnet ihm aber hoch an, daß er den Diktator entthronte, ganze Völker aus der Verbannung holte, die Bauern aus der Leibeigenschaft befreite (Ausstellung von Personalauswei-

sen) und auf der internationalen Bühne nach Wegen der Zusammenarbeit suchte. Unter Breschnew wurde Jakowlew häufig als Redenschreiber eingesetzt. Der Parteichef sei in den ersten Jahren ziemlich aktiv gewesen, habe sich manchmal wegen einer Liederlichkeit oder Schlamperei geärgert. Seinen Worten folgten jedoch keine Taten. Er habe sogar auf Reformen zu sprechen kommen können, doch am Ende sei ihm alles lästig gewesen. „Das Land ließ sich dahintreiben. Vielen kam das gelegen.“ Den Apparat des ZK nennt Jakowlew ein erstaunlich buntes Mosaik an Ansichten, aber er habe sein eigenes Leben geführt, getrennt von der praktischen Arbeit. In den einzelnen Abteilungen (in der Übersetzung ist mißverständlich von Referaten die Rede) habe es unterschiedliche Anschauungen gegeben, in der orthodox ausgerichteten Abteilung für Organisation und Parteiarbeit habe man ihn für einen „ideologischen Schlappi“ gehalten, in der Internationalen Abteilung für einen „samtigen Dogmatiker“. Das Arbeitsklima zeichnete sich durch endlose Intrigen, Denunziationen und Kabale aus.

Seine ZK-Karriere war zu Ende, als er im Dezember 1972 in der *Liternaturnaja Gaseta* den Aufsatz „Gegen den Antihistorismus“ veröffentlichte, in dem er sich gegen Großmachtchauvinismus, Antisemitismus und Nationalismus wandte. Er wurde von Parteiführern und Schriftstellern heftig kritisiert. Da er noch einige Förderer hatte, fiel er weich. Er durfte zwischen dem Posten des Direktors am Moskauer Pädagogischen Institut und einem Botschafterposten wählen. Er ging nach Kanada, wo er gute Beziehungen zum langjährigen Premierminister Trudeau herstellen konnte, was Außenminister Gromyko begeisterte. Als er einen Besuch Gorbatschows, der damals ZK-Sekretär für Landwirtschaft war, protokollarisch hoch einstufte, begründete er das in einem Gespräch

mit dem Premierminister mit den Worten: „Gorbatschow ist der künftige Führer des Landes.“

Bei der Darstellung der Perestroika wird leider nicht genug der zunehmende wissenschaftliche und technologische Rückstand der Sowjetunion thematisiert, der sich ebenso wie die überdimensionierten Militärausgaben lähmend auf die Volkswirtschaft auswirkte. Nach Jahren der Stagnation unter den alten und kranken Parteiführern Breschnew, Andropow und Tschernenko rief das Land geradezu nach einem Hoffnungsträger. Die Bereitschaft zu einer Veränderung war selbst in der Parteispitze vorhanden, wenn auch nur wenige so radikale Vorstellungen damit verbanden wie Gorbatschow und Jakowlew. In der entscheidenden Politbürositzung hat Gromyko als erster Gorbatschow zum neuen Generalsekretär vorgeschlagen, nachdem Jakowlew, der zu beiden ein gutes Verhältnis hatte, eine Begegnung zwischen ihnen vermittelt hatte. Man hätte gern etwas mehr über das Zustandekommen von Personalentscheidungen erfahren. Wie Jakowlew zum Politbüromitglied und ZK-Sekretär gewählt wurde, bleibt unerwähnt. Über die übrigen Parteiführer, die in dieser Zeit eine herausragende Rolle spielten, schreibt er wenig. Am meisten noch über seinen konservativen Rivalen Ligatschow, der neben ihm im ZK-Sekretariat für die Ideologie zuständig war und Gorbatschow häufig vertreten hat, was Jakowlew niemals durfte.

Jakowlew stellt die faktische Spaltung der Partei und der aktiven Kräfte des öffentlichen Lebens in einen reformerischen (in der Übersetzung heißt es reformatorischen) und einen orthodoxen Flügel heraus. Deutlich sichtbar wurde das auf dem Oktober-Plenum 1987, auf dem Jelzin gestürzt wurde, weil er den „sogenannten Demokraten“ in Moskau kein Ende bereitet hatte. Der Meinungsstreit zwischen publizistischen Anhän-

gern und Gegnern von Glasnost, hinter dem auch Kreise des Apparats standen, wird an vielen Beispielen illustriert. Mit dem berüchtigten Artikel von Nina Andrejewa in der *Sowjetskaja Rossija*, der im Sekretariat von Ligatschow überarbeitet worden war, starteten die Reformgegner einen vielbeachteten Angriff auf die Perestroika. Jakowlew stellt der Außenpolitik Gorbatschows, auf dessen Auslandsreisen er ihn oft begleitete, ausnahmslos gute Noten aus. Er kritisiert aber die Weitschweifigkeit seiner Reden, seine Wertschätzung Lenins, seine mangelnde Durchsetzungsfähigkeit bei der Verwirklichung kühner wirtschaftspolitischer Reformen (Wirtschaftsprogramm „500 Tage“ von Schatalin-Jawlinski-Petrakow), seine Scheu vor einer Erneuerung des Führungspersonals, zu der er nach dem 27. Parteitag (1986) Gelegenheit gehabt hätte. Als er ihm vorschlug, sich bei der Wahl zum Kongreß der Volksdeputierten dem Votum der Wähler zu stellen, begründete Gorbatschow seine Weigerung damit, daß das die anderen Politbüromitglieder als Herausforderung betrachten würden. So kam es zur Wahl von 100 Delegierten nicht durch das Volk, sondern durch das ZK der KPdSU. Jakowlew beklagt sich an mehreren Stellen darüber, daß der Generalsekretär ihn niemals vor den Verleumdungen seiner Gegner in Schutz nahm. Gorbatschow lehnte es ab, mit Jakowlews Freunden von der „Interregionalen Gruppe“ (Sacharow, Jelzin, Sobtschak und andere) zusammenzuarbeiten. Schließlich trennte er sich Ende 1990, Anfang 1991 von seinen engsten Mitstreitern Jakowlew und Schewardnadse und stützte sich auf Männer wie den KGB-Vorsitzenden Krjutschkow. Dieser hatte als die Nr. 2 des Geheimdienstes die Unterstützung der Perestroika geheuchelt, wurde nach seiner Ernennung (1988) jedoch zu ihrem erbitterten Feind und die treibende Kraft des „Notstands-

komitees“, das Gorbatschow am 19. August 1991 stürzte. Jakowlew hatte vor einem solchen Putsch eindringlich gewarnt, jedoch kein Gehör gefunden. Jelzin ließ nach dem Verbot der KPdSU und dem Untergang der Sowjetunion die „alte Nomenklatura“, die die Perestroika sabotiert hatte, in die neuen Machtstrukturen einströmen, so daß eine Transformation zur, wie Jakowlew schreibt, „Bürokratur“, der „Diktatur des Beamtentums“, stattfand.

Trotz allem ist Jakowlew stolz auf das in der Perestroika Erreichte: „Die Freiheit des Wortes und des künstlerischen Schaffens, den Parlamentarismus und neue Parteien, die Beendigung des Kalten Krieges, die Veränderung der Religionspolitik, die Einstellung politischer Verfolgungen und des staatlichen Antisemitismus, die erneuerte Rehabilitierung der Repressionsopfer, die Streichung des Artikels 6 [Führungsrolle der KPdSU; O.W.] aus der Verfassung“. Aber es schmerzt ihn, daß vieles nicht gelungen ist, vor allem die Auflösung der Kolchosen und die Einführung des Privateigentums an Grund und Boden, die Freiheit des Handels und eine soziale Marktwirtschaft, die Erhöhung des Lebensstandards und die Schaffung eines Rechtsstaates. Nicht durchsetzen konnte er sich bei Gorbatschow mit seinen Vorstellungen von der Schaffung eines Zweiparteiensystems durch eine Spaltung der KPdSU, die er schon Ende 1985 in einem Gutachten für notwendig gehalten hatte. Er gibt zu, daß ihm während des 28. Parteitages (Juli 1990) der Mut gefehlt habe, die KPdSU zu verlassen und eine sozialdemokratische Partei zu gründen. Dafür findet er keine Entschuldigung.

Die von Jakowlew geleitete Internationale Stiftung Demokratie hat seit 1997 in russischer Sprache dreißig für die Forschung wichtige Bände mit Dokumenten aus allen Regierungsperioden der bolschewistischen Herrschaft her-

ausgegeben, darunter *Kronstadt 1921*, *Lubjanka: Tschecha – KGB*, *Katyn* und *Der Gulag*. 27 weitere Bände sind geplant. Als Mitglied der verfassunggebenden Versammlung arbeitete er an dem Entwurf für eine neue Verfassung mit, deren Verabschiedung er für die Hauptleistung von Präsident Jelzin hält. Diesen bewundert er wegen seiner Kühnheit am 19. August 1991, kritisiert jedoch, daß er „mit viel Lärm“ Reformen angefangen, aber nicht vollendet habe. Er habe sich die demokratischen Kräfte erst geholt, sie dann aber abgeschoben. In zahlreichen öffentlichen Stellungnahmen prangerte Jakowlew die Unfähigkeit des bolschewistischen Systems an, das Land, welches einst Getreideexporteur Nummer eins war, zu ernähren, die gigantischen Umweltschäden, die jahrelange Unterdrückung von Genetik und Kybernetik, die Verfolgung fortschrittlicher Richtungen in Wirtschafts- und Sprachwissenschaften, literarischem und künstlerischem Schaffen. Merkwürdigerweise spielen die „Oligarchen“ bei Jakowlew keine besondere Rolle. Er nahm aber 1996 vehement gegen einen Appell von dreizehn führenden Bankiers an die Machthaber und die Kommunisten Stellung, „mit vereinten Kräften einen politischen Kompromiß“ zu suchen. Bei allem Mißmut über die gegenwärtige Situation – die Armut großer Teile der Bevölkerung, die obrigkeitshörigen Medien, die „Clownerie“ der Wahlen und die Korruption – lobt er, daß Rußland ein anderer Staat geworden ist und die Zahl der arbeitsamen, fleißigen und erfolgreichen Menschen aller Schichten immer größer werde.

Jakowlew schreibt: „Ich schäme mich vor der neuen Generation davor, daß wir vor Lenin und Stalin vor Angst versanken, uns wechselseitig denunzierten, uns aber auch im Beifall für die Führer die Hände wundgeklatscht haben, mit anderen Worten, uns menschenunwürdig aufführten. Wir haben uns vor denen tief zu

verneigen, die Lagern und Exekutionen ihre Verachtung zeigten, zum Protest ihre Stimme erhoben und unsere Seelen retteten.“ Jakowlew war niemals ein Dissident gewesen, sondern ein Träger der Macht auf der unteren, der mittleren und schließlich der oberen Ebene. Er glaubte bis in die Anfänge der Perestrojka an die Möglichkeit der „Erneuerung des Sozialismus“. Aber Zweifel überkamen ihn schon während des Kriegs, und das gründliche Studium des Marxismus-Leninismus hat ihn dessen Leere, Inhaltslosigkeit, Widersprüchlichkeit und Demagogie begreifen lassen.

Zu den Mängeln dieses Buches gehört, daß es nicht klar genug gegliedert ist. Die zeitliche Abfolge der Darstellung wird durch häufige Vorgriffe auf künftige und Rückgriffe auf vergangene Ereignisse unterbrochen, wodurch Hintergründe, Ursachen und Wirkungen nicht klar genug herausgearbeitet werden. Für das Verständnis der Handlung wichtige Jahreszahlen fehlen (schon Jakowlews tabellarischer Lebenslauf würde gute Dienste leisten). Für den Leser wichtige Ereignisse und Einzelheiten fehlen oder werden nur am Rande erwähnt. Die siebzehn Kapitel sind für die 911 Seiten dieses Werkes zu lang und ihre Überschriften zu ausdruckschwach, sie müßten zumindest durch Zwischenüberschriften aufgelockert werden. Viel zu wenig Eintragungen enthält das Abkürzungsverzeichnis. Das 43 Seiten umfassende Personenverzeichnis enthält in den meisten Fällen sehr ausführliche biographische Angaben, aber keine Seitenzahlen, was die gründliche Lektüre erschwert.

Jakowlews *Abgründe meines Jahrhunderts* ist kein Nachschlagewerk für den Leser, der sich über die Geschichte des Sowjetregimes informieren möchte. Aber es ist eine unerschöpfliche Fundgrube für jeden, der die Lebensbeichte eines ehemaligen kommunistischen Spitzenfunktionärs lesen möchte, der

sich unter Qualen mit dem tragischen Schicksal seines Landes auseinandersetzt – und der für die Anhänger des alten Regimes als der Hauptschuldige am Zerfall der Sowjetunion, der kommunistischen Weltbewegung, des KGB und des sozialistischen Lagers gilt.

Otto Wenzel

Braun, Matthias: Die Literaturzeitschrift „Sinn und Form“. Ein ungeliebtes Aushängeschild der SED-Kulturpolitik. Bremen: Edition Temmen 2004, 229 Seiten, 11,90 Euro.

Die literarische Zweimonatsschrift *Sinn und Form* galt mit ihren „Beiträgen zur Literatur“, so ihr Untertitel, als grenzüberschreitendes Aushängeschild der DDR-Literaturgesellschaft. Die Zeitschrift fand in der DDR wie auch unter interessierten westlichen Intellektuellen Verbreitung und regte in Ost und West manche Debatte an. *Sinn und Form* wurde seit 1949 von Johannes R. Becher und Paul Wiegler, sei Mai 1950 zugleich von der Ost-Berliner Akademie der Künste herausgegeben. In ihren ersten Jahrgängen war sie vor allem das Werk ihres ersten Chefredakteurs Peter Huchel, dessen Sinn für Qualität sie ihre Reputation verdankte. Das anspruchsvolle Programm, der Ruf ihrer Autoren und nicht zuletzt die von administrativer Seite festgelegte niedrige Auflage (2500 bis 8000 Exemplare) sorgten zudem für einen elitären Anschein. In der Bundesrepublik wurde sie in den sechziger Jahren von beeindruckten Feuilletonisten zur „stillen Enklave des Liberalismus“ (Marcel Reich-Ranicki) und zum „geheimen Journal der Nation“ (Walter Jens) erhoben. Die positive Wahrnehmung der Zeitschrift, die unter ihrem neuen Chefredakteur Sebastian Kleinschmidt seit der Vereinigung der Ost- und West-Akademien im Jahr 1993 als gesamtdeutsches Blatt ihren Platz zu be-

haupten sucht, überdauerte auch das Ende der DDR. Gustav Seibt kam 1999 in einer Würdigung, „Das Prinzip Abstand. Fünfzig Jahre ‚Sinn und Form‘“, noch einmal auf die Deutung von Walter Jens zurück und sprach von einer gleichsam idealen, „geheimen DDR, die ‚Sinn und Form‘ eben auch“ gewesen sei.

Erste Überlegungen, eine Zeitschrift herauszugeben, die sich im engeren Sinne mit Literatur und Philosophie, bildender Kunst und Musik befassen und ihre Leser über ausgewählte neue Literatur des In- und Auslands informieren sollte, hatte es bereits im Sommer 1945 gegeben, und zwar im Umfeld des mit Unterstützung der SMAD im Juli gegründeten „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“. Das erste Heft von *Sinn und Form* kam zu Beginn des Jahres 1949 heraus. Der Name orientierte sich deutlich an der berühmten Exilzeitschrift von Thomas Mann, *Maß und Wert* – Johannes R. Becher wollte diesen Titel ursprünglich sogar übernehmen, Thomas Mann stellte ihn jedoch nicht zur Verfügung. Als Herausgeber zeichneten Becher, Präsident des Kulturbundes, und der über siebzigjährige bürgerliche Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Paul Wiegler, dem die Rolle des bürgerlichen Aushängeschildes zukam. Wiegler zehrte bis zu seinem Tod im Jahr 1949 vom Nachruhm seiner in den zwanziger und dreißiger Jahren entstandenen historischen Arbeiten, insbesondere einer zweibändigen deutschen Literaturgeschichte. Wieglers Mitherausgeberschaft trug im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Bündnispolitik dazu bei, *Sinn und Form* ein Profil zu verleihen, das für bürgerliche Intellektuelle akzeptabel sein sollte. Außerdem konnte Becher den Lyriker Peter Huchel als Chefredakteur gewinnen, einen Repräsentanten der inneren Emigration, der ebenfalls kein SED-Mitglied war. Das geschah im Einverständnis mit den sowjetischen

Kulturoffizieren, die nach Huchels eigener Interpretation Wert auf einen parteilosen Chefredakteur legten.

Der Literatur- und Theaterwissenschaftler Matthias Braun – 1977 bis 1992 Mitarbeiter im Bertolt-Brecht-Archiv der Akademie der Künste der DDR und seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung der BStU mit dem Forschungsschwerpunkt „Wirkungsweise des MfS im Kulturbereich“ – trat bereits 1999 mit einem Aufsatz über den Einfluß der Staatssicherheit auf die beiden DDR-Literaturzeitschriften *Sinn und Form* und *Neue Deutsche Literatur* hervor. Nun versucht Braun eine Übersicht über die gesamte DDR-Periode von *Sinn und Form* zu geben. Der Autor stützt sich dabei auf Überlieferungen des MfS, des Archivs der Akademie der Künste und des zentralen Parteiarchivs der SED und beschreibt die Entwicklung der Zeitschrift im Kontext der wechselnden Phasen der SED-Kulturpolitik, einschließlich der Rolle der Staatssicherheit. Brauns Studie enthält im Anhang zehn Schlüsseldokumente, sieben aus dem Bestand des MfS und drei aus dem Archiv der Akademie der Künste.

Bis 1990 stand die Zeitschrift unter der Ägide von fünf Chefredakteuren: Peter Huchel (1949–1962), Bodo Uhse (1963), Wilhelm Girnus (1964–1981), Paul Wiens (1982) und Max Walter Schulz (1983–1990). Uhse und Wiens verstarben bereits im Jahr der Übernahme der Redaktion. Sie alle waren bereit, für eine neue sozialistische Gesellschaft zu arbeiten, und befanden sich in keinem grundsätzlichen Widerspruch zum kulturpolitischen Programm und dem Herrschaftsanspruch der SED. Der Autor läßt in seinem Fazit auch keinen Zweifel daran, daß die Zeitschrift von Anfang an einen „kalkulierten Bestandteil“ des kulturpolitischen Konzepts der SED darstellte, in dem die Parteiführung die ideologischen Prämissen bestimmte

und den gesamten Kulturbetrieb zentral steuerte.

In seiner Arbeit geht Braun von drei Hauptakteuren aus, den Chefredakteuren Peter Huchel, Wilhelm Girnus und Max Walter Schulz. Er interpretiert sie als typische Vertreter der unterschiedlichen Phasen der SED-Kulturpolitik und versucht über ihre Persönlichkeitsprofile die Geschichte der Zeitschrift zu erschließen. Huchel sei es – im Einklang mit der DDR-Kulturpolitik der fünfziger Jahre – um eine gesamtdeutsche Literaturzeitschrift „ostdeutscher Prägung“ gegangen, während Girnus – analog zur Abgrenzungspolitik der SED und dem Ziel, die eigene Republik zu festigen – eine „DDR-Literaturzeitschrift“ herausgeben und vor allem junge Autoren vorstellen wollte, die in ihren Werken dem „sozialistischen Realismus“, jedoch auch zunehmend einem „offenen Realismus“ verpflichtet waren. Von Max Walter Schulz, einem Schriftsteller, der weniger durch eigene Werke, sondern eher als „linientreuer Kulturfunktionär“ auffiel, seien dagegen kaum Impulse ausgegangen.

Brauns Darstellung gliedert sich folgerichtig in drei große Kapitel, „Ein Dichter als Chefredakteur“ (Huchel), „Tradition und Aufbruch zu neuen Ufern“ (Girnus) und „Der lange Weg zur Öffnung“ (Schulz), unterbrochen von zwei kurzen „Zwischenspielen I und II“, die sich dem „Chefredakteur ohne Legitimation“ (Uhse) und der Gastrolle des IM „Dichter“ (Wiens) widmen. Die Darstellung bewegt sich im Kontext bekannter kulturpolitischer Ereignisse der Jahre 1952 bis 1988, die sich in *Sinn und Form* niederschlugen, wie zum Beispiel der Debatte um Hanns Eislers Opernlibretto „Johann Faustus“ 1952/53, die Krisenjahre 1953 und 1957, das 11. ZK-Plenum 1965, die Diskussionen über die Texte von Heiner Müller, Ulrich Plenzdorf und Volker Braun, die Biermann-Affäre 1976 etc. Die drei Kapitel enthal-

ten jeweils zahlreiche Abschnitte und präsentieren dabei eine Fülle von ausführlichen Zitaten aus den hinzugezogenen Quellen, die platzgreifend dazu beitragen, daß die Studie mitsamt dem Dokumentenanhang gerade noch Buchformat erreicht.

Das Kapitel über den vielseitigen und als Dogmatiker gefürchteten Wilhelm Girnus nimmt darin den breitesten Raum ein. Offensichtlich ist der Autor von Girnus derart fasziniert, daß er dessen Persönlichkeit in immer neuen Wendungen huldigt („weltläufiger Altkommunist“, „altgedienter Parteisoldat“, „erfahrener Blattmacher“, „kämpferprobter, gewiefter Kulturpolitiker“, „Genosse Chefredakteur“, „der Stratege“, „der Goethespezialist“ etc.). Braun hebt hervor, Girnus habe „frischen Wind“ in die Redaktion gebracht, und rühmt die von ihm eingeführten Literaturdebatten. Sie hätten zu einer „differenzierten literarischen und auch kulturpolitischen Meinungsbildung“ innerhalb der DDR beigetragen. Vor seiner Tätigkeit als Chefredakteur hatte sich Girnus bereits in hochrangigen Positionen bewährt. Es sei angemerkt, daß Braun für seine Darstellung von Wilhelm Girnus nahezu wörtlich, jedoch ohne entsprechende Quellenhinweise, Formulierungen des englischen Germanisten Stephen Parker verwendet, die dieser in einem Aufsatz von 1999 über Girnus gebraucht hatte. Parkers Text ist nachzulesen in: Barck, Simone/Langermann, Martina/Lokatis, Siegfried (Hrsg.): Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR. Berlin 1999, S. 346–359.

Matthias Braun unterfüttert seine Studie mit zahlreichen Informationen über den Einfluß des MfS und seiner für den Kulturbereich zuständigen Hauptabteilung XX/7 auf die Akademie und ihre Zeitschrift und nennt dabei für jede Periode entsprechende Namen. In der Periode Peter Huchels waren das zum Beispiel „GI [Geheimer Informator] Ernst“ alias

Alexander Abusch oder „GI Hill“ alias Gert Hillesheim (Mitarbeiter der Sektion Literatur in der Akademie). Auch unter Wilhelm Girnus, der (so Braun) nachweisbar bis in die siebziger Jahre selbst „freimütig“ mit der Staatssicherheit zusammenarbeitete, hielten zahlreiche inoffizielle MfS-Mitarbeiter Kontakt mit der Geheimpolizei, unter anderem Girnus' langjähriger Stellvertreter Armin Zeissler (als „IM Zeising“, förmlich angeworben 1984). In den Fall „Dr. Hans Joachim Bunge“ – erster Leiter des Brecht-Archivs, ab 1965 Redakteur der Sonderhefte von *Sinn und Form*, nach dem 11. ZK-Plenum Anfang Januar 1966 wegen seiner Kontakte zu Biermann, Heiner Müller und Havemann fristlos entlassen – waren als MfS-Zuträger Girnus, Zeissler und Hillesheim verwickelt. Braun widmet Bunge einen längeren Abschnitt und schildert ihn als Opfer der Staatssicherheit. Akribisch werden die gegen Bunge eingeleiteten schikanösen Maßnahmen des MfS aufgelistet. Unerwähnt bleibt freilich, daß Bunge schließlich klein beigab, sich von Havemann und Biermann distanzierte und selbst zwischen 1971 und 1979 inoffiziell als IM „Hans“ für das MfS gearbeitet hat. Dies dürfte Braun als Mitarbeiter der Birthler-Behörde und angesichts seiner ihm dort möglichen umfangreichen und privilegierten Recherchen eigentlich kaum verborgen geblieben sein. Warum er diesen Umstand verschweigt und Bunge für die siebziger Jahre eine tatsächlich nicht vorhandene Leidensgeschichte andichtet, ist nicht nachvollziehbar.

Mit der Berufung von Paul Wiens zum Chefredakteur gelang es dem MfS 1981, seine „operative Basis“ in der Akademie und der Zeitschrift entscheidend zu verbessern. Besondere Unterstützung erfuhr Wiens alias IM „Dichter“ dabei von „IBM Günther“ alias Günther Rücker, dem Sekretär der Sektion Literatur der Akademie. Infolge seines frühen Todes

im April 1982 kam Wiens nicht mehr dazu, im Sinne des MfS Einfluß auf das Profil von *Sinn und Form* zu nehmen – entsprechende Instruktionen hatte er laut Braun allerdings bereits erhalten. Insgesamt gesehen, so das Fazit Brauns, konnte das MfS jedoch nur sehr begrenzt Einfluß auf die Autoren bzw. die Redaktion von *Sinn und Form* nehmen. Bis weit in die fünfziger Jahre hinein hielt der Staatssicherheitsdienst die Zeitschrift „Sinn und Form“ wie den gesamten Literaturbereich ohnehin für einen kulturpolitischen „Nebenschauplatz“ – ganz einem Ausspruch Erich Mielkes gemäß: „Wer liest das schon?“ Erst in den siebziger und achtziger Jahren widmete sich die Geheimpolizei den Schriftstellern intensiver und nahm eine ganze Reihe von prominenten Autoren, denen oppositionelle Absichten unterstellt wurden, unter ihre „operative Kontrolle“. Gegen Ende hin rückten dann die tatsächlichen Oppositions- und Bürgerrechtsgruppen für den Staatssicherheitsdienst in den Vordergrund. Es wäre durchaus interessant, Näheres über die Rezeptionsgeschichte von *Sinn und Form* in diesen Kreisen zu erfahren.

Dagmar Buchbinder

Pamperrien, Sabine: Versuch am untauglichen Objekt. Der Schriftstellerverband der DDR im Dienst der sozialistischen Ideologie. Frankfurt: Verlag Peter Lang 2004, 232 Seiten, 42,50 Euro.

Die Geschichte des Schriftstellerverbands der DDR ist noch nicht geschrieben; sein letzter Kongreß 1990 lehnte die Einsetzung einer Geschichtskommission ab, und Historiker, Soziologen und Literaturwissenschaftler haben bisher nur Teiluntersuchungen – zu Personen, Kongressen, kulturpolitischen Eingriffen – dazu vorgelegt. Am weitesten ist Carsten Gansel mit zwei Untersuchungen zur

Verbandsgeschichte bis 1961 und zu den umstrittenen Kontakten mit dem Schriftstellerverband der Bundesrepublik (VS) bei dessen Saarbrücker Kongreß 1984 vorgestoßen. 1996 hatte – parallel zur Studie des Forschungsverbands SED-Staat über Bildende Kunst und Partei-herrschaft in der DDR (*Eingegrenzt – ausgegrenzt*“, Akademie Verlag 2000) – eine Projektgruppe an der Technischen Universität Berlin eine Studie über Literatur und Partei-herrschaft angekündigt, die dem Schriftstellerverband der DDR gelten sollte. Wie Sabine Pamperrien in ihrer – einer von zwei erschienenen – Teilstudie *Versuch am untauglichen Objekt* mitteilt, ging aber „die eigentlich beabsichtigte historische Aufarbeitung von Geschichte, Struktur und Arbeitsweise des Schriftstellerverbands der DDR anhand einer umfassenden Analyse der zugänglichen Quellen unter. Tatsächlich fand im kleinen Rahmen eine Neuauflage des berühmten Literaturstreits statt und führte wie dieser zur Bildung unversöhnlicher Fronten, wo Annäherung zu wünschen gewesen wäre.“ Sie selbst begnügt sich nunmehr mit einer knappen Ortsbestimmung des Verbands und einem Abriß seiner Personalpolitik, Agitation und Westarbeit in den – so wörtlich – „goldenen sechziger Jahren“ und der folgenden Kontakte zwischen den beiden deutschen Schriftstellerverbänden in der Amtszeit Hermann Kants. Dabei betont sie – wie die genannte Studie des Forschungsverbands zur Bildenden Kunst – den Doppelcharakter des Verbands als „Bestandteil des Propaganda-Apparates der SED, zugleich aber auch Berufsverband“. Die abgedruckten Dokumente – immerhin ein Drittel des Bandes – und der eigene Abriß der Verbandsgeschichte nach 1961 mit ausgewählten Themenkomplexen und Ereignissen rufen erwartungsgemäß „das jeweilige Zeitkolorit im Gedächtnis und spiegeln an mehreren Beispielen des Umgangs mit westdeutscher

Literatur und deren Akteure gesamtdeutsche Aspekte“. Diesem selbst gesetzten, nach dem Scheitern des Gesamtprojekts bescheidenen Anspruch kommt die Arbeit nach, ohne dem Forschungsstand faktisch und analytisch wesentlich Neues hinzuzufügen. Die nach wie vor strittige Einwirkung des DDR-Verbands auf die Vorstandswahl des VS in Saarbrücken vermag auch sie nicht aufzuklären, denn alle vorliegenden Dokumente belegen zwar das durch die DKP angebahnte Zusammenspiel der Verbände und ihrer Vorsitzenden Kant und Engelmann für eine europäische Friedensinitiative, lassen aber weder eine Anleitung durch den DDR-Verband noch eine Absprache über den Saarbrücker Kongreß erkennen. Wenn – wie es die Aussagen von Beteiligten nahelegen – diese Absprache nicht zwischen den Verbänden, sondern mit den Delegierten der DKP und deren Bündnispartnern erfolgt ist, wird man sie auch nur in deren – bis heute unzugänglichen – Akten finden. Insofern sind Zweifel an Pamperriens These erlaubt, dem Schriftstellerverband der DDR sei „immer noch nicht klar“ gewesen, „daß im VS kein demokratischer Zentralismus herrschte“. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Gerade wenn die DDR dies erkannt hatte, war es sinnvoll, den VS nicht durch Vorstandsabsprachen, sondern durch Absprachen mit den Delegierten zu beeinflussen; dort konnten Autoren der DKP und ihre Bündnispartner in VS und IG Druck und Papier eine knappe Mehrheit von einer Stimme mobilisieren. Daß dies Hermann Kant und seinem Verband gelegen kam, geben selbst die vorliegenden Akten her: Danach hat Kant seinen westdeutschen Kollegen Engelmann vor der beabsichtigten Wahl von Ingeborg Drewitz als dessen Nachfolgerin gewarnt. In Saarbrücken unterlag sie einer Mehrheit von just einer Stimme. Ergiebiger ist die kleine Studie für das Innenleben des DDR-Verbandes, wenn sie Rivalitäten

um die Verbandsführung belegt – etwa zwischen Hermann Kant und Erwin Strittmatter, der eine frühe Wahl Kants in ein Verbandsamt „durch Manipulationen verhindert“ habe, oder zwischen Kant und seinem Sekretär Henniger, der Mühe gehabt habe, „den ungeliebten Präsidenten in Schach zu halten“. Die Staatssicherheit sah sogar „ein ernsthaftes Problem in der politischen Führungstätigkeit des Schriftstellerverbandes“, weil „der erste Sekretär des SV, Genosse Gerhard Henniger, einen großen Teil seiner Kraft und Energie aufbringen muß, um den Präsidenten Kant auf die dringendsten Erfordernisse des ideologischen Kampfes einzustellen.“ Muß deshalb – wie Sabine Pamperrien meint – schon zugunsten Kants „überlegt werden, ob nicht auch Arbeitsverweigerung und Amtsmüdigkeit Beispiele zivilen Ungehorsams sein können“? Es wäre, um ihren eigenen Titel zu zitieren, ein Versuch am untauglichen Objekt.

Hannes Schwenger

Lokatis, Siegfried: Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht. Köln: Böhlau Verlag 2003, 392 Seiten, 39,90 Euro.

Es hat bis 1991 gedauert, bis die *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* – einst Hausorgan des Instituts für Marxismus-Leninismus (IML) beim ZK der SED – Briefe Clara Zetkins veröffentlichten, in denen sie Ernst Reuter als den einzig situationsbewußten Politiker in einem „zusammenhanglosen, wirren Haufen von Leuten“ bezeichnete. Freilich nicht als Regierenden Bürgermeister von West-Berlin, sondern als Generalsekretär der KPD 1921. Der wirre Haufen war das ZK der Partei. Reuters Gegenspieler in diesem Gremium, Wilhelm Pieck, fand Zetkin damals „so fanatisch eingestellt, daß er als Generalsekretär

unmöglich ist, wenn wir nicht zugleich der KPD den Totenschein schreiben wollen.“ Dem Parteivorsitzenden Ernst Thälmann bescheinigte sie 1927 gar Größenwahn.

„Solche Stellen“, befindet Siegfried Lokatis, „waren durch keinen Kommentar zu beheben“, und das hieß bis zum Ende der SED: nur durch Zensur. Wie sie ausgeübt wurde, beschreibt Lokatis in seiner Abrechnung mit der Geschichtsschreibung der SED und des IML *Der rote Faden*. Nichts anderes ist damit gemeint als die „nationale Grundkonzeption“, die Walter Ulbrichts achtbändige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung durchzieht und gewissermaßen den Ariadnefaden vom *Kurzen Lehrgang* bis zum ebenso kurzgefaßten, letzten *Abriß* der Parteigeschichte (1978) darstellt, der die „NaGruKo“ durch die Lehre von der eigenständigen sozialistischen Nation der DDR ersetzte. „Dieser rote Faden in das Labyrinth kommunistischer Parteigeschichtsschreibung“, resümiert Lokatis die eigene Studie, „bietet dem Leser jedoch vor allem eine konkrete Geheimgeschichte der realsozialistischen SED-Ideologie unter Ulbricht.“

Es ist zugleich eine Geheimgeschichte der Zensur, auch darin ist Lokatis zuzustimmen: „Marxistisch-leninistische Dogmen lassen sich schwerlich abstrakt in ihrer theoretischen Genese und zeitlichen Anfolge nachzeichnen, ohne den für sie konstitutiven Primat der Zensurherrschaft zu berücksichtigen“. Die war nicht Walter Ulbrichts, sondern schon seines Lehrmeisters Stalin Erfindung, dessen Kurzer Lehrgang der Geschichte der KPdSU die Tradition jener „Leittexte“ begründete, deren sich auch die SED zur ideologischen Ausrichtung ihrer Diktatur bediente; sie „funktionierte auf mannigfache Weise durch Steuerung über Texte. Ob es sich um planwirtschaftliche Formularvordrucke oder um einen Roman Erwin Strittmatters han-

delte, um den fingierten Leserbrief eines Arbeiters oder um die Grundlagenwerke der ‚Klassiker‘, um ein ZK-Rundschreiben an die Grundorganisationen oder um ein Gedicht Günter Kunerts: In ‚Gesellschaften sowjetischen Typs‘ wuchs dem geschriebenen Wort unerhörte Bedeutung zu.“

So auch und vor allem der Parteigeschichte und ihrer Selbstdarstellung durch das „Geschichtswerk“, mit dem Walter Ulbricht das offizielle Geschichtsbild der DDR so nachhaltig prägte, daß ihr selbst die Umdeutung der „NaGruKo“ zur Doktrin der „Sozialistischen Nation“ unter Erich Honecker nichts anhaben konnte: „Nachhaltig prägte sie“, so Lokatis, „das Geschichtsbild der DDR, dessen einheitsstiftendes Prinzip sie bis 1989 insgeheim blieb, solange das Dogma der ‚Kontinuitätsthese‘ die im Auf und Ab des Waltens der historischen Gesetzmäßigkeiten unwandelbare Weisheit des Zentralkomitees verkündete.“

Dem tat keinen Abbruch, daß Kenner der Parteigeschichte wie Hermann Weber im Westen bereits bei Erscheinen des *Grundrisses zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 1964 in Kommentar und Dokumentation nachwies, was Lokatis heute aus den Akten des IML, der ZK-Abteilungen für Wissenschaft, Propaganda und Agitation und den Nachlässen führender SED-Politiker (last not least Walter Ulbricht) als Methode rekonstruiert – mit Webers Worten: „Ulbricht fälscht Geschichte.“ Die Beispiele sind zu zahlreich, um hier referiert zu werden, und ohne Neuigkeitswert. Intern klagte selbst der 1962 berufene IML-Direktor Roland Bauer über Verdrehungen und Unterdrückung von Dokumenten, deren Originale nicht einmal allen Mitarbeitern zugänglich waren. Bei dieser Gelegenheit wurde gleich die ganze Abteilung Geschichte des IML ausgewechselt, der Ulbricht

vorwarf, sie habe „wie Handwerksburschen“ gearbeitet.

Daß Webers Kritik Ulbricht nicht kalt gelassen hat, zeigt – ein einmaliger Vorgang! – ein Verriß seines Buches ohne Nennung des Titels in den *Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*. Trotzdem – oder vielleicht deswegen – revidierte Ulbricht höchstpersönlich die „naive Fälschungspraxis der frühen fünfziger Jahre“ (Lokatis), wenn er in den sechziger Jahren im Autorenkollektiv des Geschichtswerks „je nach Laune den wahrheitsliebenden Historiker, den vorsichtigen Zensor, den Leser mit gesundem Menschenverstand, den taktierenden Staatschef oder den offenherzigen Zeitzeugen“ gab. Jetzt wollte er sogar den Personenkult Stalins nicht länger beschönigen und fuhr der Rektorin der Parteihochschule, Hanna Wolf, über den Mund: „So einfach kommen wir nicht weg [...] Es bleibt uns nichts anderes übrig, als wissenschaftlich zu analysieren.“ Wie er sich das vorstellte, hat er bei anderer Gelegenheit offenbart, als er einen Satz über Differenzen bei der Vereinigung von SPD und KPD mit den Worten streichen ließ: „Der nächste Satz ist historisch wahr, aber ich würde es nicht so schreiben.“

Den Abschnitt über den Bau der Berliner Mauer hat er denn auch selbst konzipiert und Abschnitt für Abschnitt „exakt formuliert“, ohne seine historische Lüge („Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten“) zu wiederholen. Er habe vielmehr auf einer Versammlung in Buna „in aller Öffentlichkeit gewarnt. Nur der Gegner hat diese Warnung nicht verstanden.“ Die anwesenden Historiker forderte er auf, „ihr müßt euch diese Stelle heraussuchen.“ Diesmal war er zufrieden mit Hanna Wolf, die ihm bestätigte, daß „die meisten Menschen im August 1961 sehr zufrieden damit waren, daß die Grenze geschlossen wurde.“ Ulbricht setzte hinzu: „Ich bin dafür, daß man das sagt, weil

uns die Westberliner ausgeplündert haben. Die Bürger der DDR konnten ja in Berlin nicht einmal mehr baden, sie hatten gar keinen Platz mehr, weil so viele Westberliner kamen.“

Hannes Schwenger

Galle, Petra: RIAS Berlin und Berliner Rundfunk 1945–1949. Die Entwicklung ihrer Profile in Programm, Personal und Organisation vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges. Münster/Hamburg/London: LIT Verlag 2003 (Medien und Kultur; Bd. 1), 447 Seiten, 24,90 Euro.

Am 13. Mai 1945 um 20 Uhr meldete sich aus der Trümmerwüste von Berlin der erste deutsche Rundfunksender der Nachkriegszeit. Am Tage zuvor hatte der sowjetische Stadtkommandant General Nikolai Bersarin den KPD-Funktionär Hans Mahle zu sich befohlen und ihn in Anwesenheit von Walter Ulbricht beauftragt, die Wiederaufnahme des Rundfunkbetriebes zu organisieren. Die sowjetische Seite hatte sich mit dieser Maßnahme über die Nachkriegsplanungen bezüglich eines gemeinsamen Senders der Siegermächte hinweggesetzt und in Berlin vollendete Tatsachen geschaffen. Als im Juli 1945 die westlichen Alliierten in Berlin einrückten, war der Rundfunk bereits in der Hand der sowjetischen Besatzungsmacht. Unter ihrer Leitung hatte ein Stamm von KPD-Kadern die Gestaltung der deutschsprachigen Sendungen übernommen. Das „Haus der Rundfunks“ und die Sendemasten von Tegel bildeten fortan sowjetische Exklaven im britischen bzw. französischen Sektor. Dies führte zu einer lang andauernden Posse, die erst 1956 mit dem Abzug der Ost-Redaktionen seinen Abschluß fand. Bereits im Mai 1946 ordnete die SMAD den Bau einer neuen Sendezentrale in Berlin-Grünau an, und es begann – zunächst noch ge-

heim – der Aufbau des Hauses in der Nalepastraße.

Die Amerikaner übernahmen im August 1945 im Gegenzug das vom Fernmeldeamt Schöneberg aus betriebene Berliner Drahtfunknetz und gingen am 7. Februar 1946 mit dem DIAS (Drahtfunk im Amerikanischen Sektor) auf Sendung. Damit schlug die Geburtsstunde des RIAS (Rundfunk im Amerikanischen Sektor), wie der Sender seit der Aufnahme des terrestrischen Sendebetriebs am 5. September 1946 hieß.

Berlin war zu diesem Zeitpunkt bereits zum Experimentierfeld des Kalten Krieges geworden. Damals und später gab es andere neuralgische Punkte des globalen Konfliktes, doch nirgendwo waren sich die Hauptkontrahenten räumlich so nahe. Die Sektorengrenze war zur Frontlinie des ideologischen Weltkonfliktes geworden. In der Vier-Sektoren-Stadt Berlin begann im Sommer 1945 ein Kapitel der deutschen Rundfunkgeschichte, das über die diversen Wandlungen hinweg bis ins Jahr 1989 dauern und schließlich mit der Abwicklung und Fusion der Institutionen enden sollte. Petra Galle widmet sich in ihrer detailreichen und sorgfältigen Studie den Anfangsjahren des Konfliktes. Der rote Faden der Darstellung bleibt durchgehend der Vergleich zwischen den beiden antagonistischen Sendeanstalten RIAS und Berliner Rundfunk. Am Beispiel dieser Rundfunksender zeigt die Autorin, wie im Himmel über Berlin zwei gegensätzliche Weltbilder zusammenstießen. Und das Beispiel erweist sich als außerordentlich aussagefähig. Ausgangspunkt der Untersuchung ist ein Vergleich zwischen zwei Grundsatzdokumenten: der Anweisung JCS 1067 an den amerikanischen Oberbefehlshaber in Deutschland, in der die Prinzipien der Besatzungspolitik formuliert waren, und die „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet“.

In deutlicher Differenz zur Kriegspropaganda wollten die Amerikaner durch „Faktizität und Objektivität“ den Deutschen bei der Entwicklung pluralistischer Denkweisen helfen. Als sich der Kalte Krieg verschärfte, blieb das Konzept nicht unwidersprochen, und die amerikanischen Einrichtungen griffen stärker auf Erfahrungen aus der Kriegszeit zurück, verschmähten auch Desinformationen nicht und legten mehr Wert auf die „Verpackung“ ihrer Propaganda mit Unterhaltung und Musik. Die Arbeit der amerikanischen Kontrolloffiziere beim RIAS und die wechselnden Unterstellungsverhältnisse unter die US-Behörden werden von Petra Galle sehr gründlich und differenziert geschildert. Auch um die manchmal als heikel betrachtete Zusammenarbeit zwischen dem RIAS und antikommunistische Untergrundorganisationen macht die Verfasserin keinen Bogen.

Das sowjetische Modell der Rundfunkpolitik wird von der Autorin im Zusammenhang mit der kommunistischen Strategie der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ interpretiert. Es setzte von Anfang an auf die Teilnahme aller antifaschistischen Kräfte. In der Tat wurden im Rundfunk wie auch in anderen Bereichen der Gesellschaft anfangs auch nichtkommunistische Nazi-Gegner herangezogen. Doch die Schlüsselpositionen erhielten auf jeden Fall kommunistische Kader. Bezüglich des Berliner Rundfunks wird diese Personalpolitik der Besatzungsmacht sehr gründlich dokumentiert. Buchstäblich von der ersten Stunde an wurde ein Kaderstamm gebildet, der den Ost-Rundfunk bis 1990 fest im Griff hatte. Unter sowjetischer Oberaufsicht übernahmen bewährte KPD-Mitglieder und Moskau-Emigranten die Regie in dem damals entscheidenden Massenmedium. Manch einer blieb in den folgenden Jahren auf der Strecke oder verschwand sogar in sowjetischen Straflagern, dennoch

ist die personelle Kontinuität zwischen 1945 und 1989 beeindruckend.

Die Darstellung der frühen Jahre des Berliner Rundfunks liest sich wie ein „Who is who“ der DDR-Geschichte. Im März 1948 begann eine Sendereihe „Treffpunkt Berlin“. Das war durchaus wörtlich zu verstehen. An der Gesprächsrunde nahmen vier Redakteure teil, die von den Sendeanstalten aus den Westzonen übergewechselt waren: Herbert Gessner aus München, Hans-Günter Cwojdrack und Karl-Eduard von Schnitzler vom NWDR aus Köln und Helmut Schneider aus Frankfurt am Main. Den Gesprächskreis moderierte kein Geringerer als Markus Wolf. Aber auch Peter Huchel arbeitete damals als Sendeleiter und Chefdramaturg für den Berliner Rundfunk und wechselte 1948 als Leiter in die Künstlerische Abteilung. Doch trotz niveauvoller Wortbeiträge und hervorragender Hörspiele war der Berliner Rundfunk ein reines Propagandainstrument der SED geworden und blieb es bis ins Jahr 1989.

Auf der westlichen Seite verschärfte der RIAS seit dem Oktober 1947 die Tonlage der Propaganda. Die bisherige Schonung des ehemaligen Kriegsverbündeten Sowjetunion wurde aufgegeben. Als linksliberal geltende Mitarbeiter wie Ruth Norden mußten den Sender verlassen. Gleichzeitig begannen sich die Hörerzahlen dramatisch zu verschieben. Während laut Erhebung der OMGUS in den Westsektoren im Oktober 1946 noch siebzig Prozent den Berliner Rundfunk hörten, waren es zu Beginn der Blockade nur noch zwanzig Prozent, dagegen hörten achtzig Prozent nun den RIAS. Während der Berlin-Blockade wurde der RIAS als „freie Stimme der freien Welt“ zum Symbol für Freund und Feind. So erreichte beispielsweise Ernst Reuters Rede vor dem Reichstagsgebäude am 9. September 1948 seine gewaltige Wirkung vor allem durch die Direktübertragung des RIAS. Die Rede wurde im Os-

ten – laut der Autorin – im Sowjetischen Sektor und der Umgebung Berlins mehr gehört als in den Westsektoren, da dort die Stromsperre den Empfang verhinderte.

Für die Resonanz des Berliner Rundfunks bei der Hörschaft sah es seit 1947/48 zunehmend trübe aus. Der spätere Chefkomentator des DDR-Fernsehens, Karl-Eduard von Schnitzler, meinte 1950 in einem internen Bericht an die SED-Obrigkeit, ihm sei „weder in der Republik noch in Berlin, noch [...] in Westdeutschland, noch in meiner eigenen umfangreichen Hörschaft ein Hörer begegnet, der eine positive Einstellung zu unseren Sendern hatte [...].“ (S. 245) Ein bemerkenswertes Eingeständnis eines Mannes, der es wissen mußte.

Stefan Wolle

Burmester, Siegfried: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung. Eine politische Biografie. Sangerhausen: Edition Neue Wege 2002, 414 Seiten, 16,80 Euro.

Leser von Klaus Rainer Röhl's Autobiographie *Fünf Finger sind keine Faust* kennen Siegfried Burmester als den „Genossen B.“, der den folgenreichen Kontakt zu Röhl's späteren Geldgebern für konkret in Ost-Berlin knüpfte. Er sei, schrieb Röhl 1974, „Kleinbauernsohn und hatte den Klassenkampf auf einem kleinen Dorf in Niedersachsen gelernt. Anschließend als Kriegsgefangener in Rußland ... B. sagte, Wiedervereinigung gibt's nicht, liegt gar nicht drin. Natürlich, ein sozialistisches Gesamtdeutschland, das wird es geben, alles andere ist Quatsch. So etwa war die Formulierung.“

Burmester hat damals DDR-Anwalt Kaul gegen Röhl bemüht, weil er sich falsch zitiert fand: „So lyrisch rede ich

nicht“, auch habe er den Klassenkampf keineswegs auf dem Lande gelernt, sondern als Kriegsgefangener auf einer sowjetischen Antifa-Schule. Das Elternhaus in Niedersachsen habe er als strammer Jung-Nazi verlassen, bevor er als Kommunist zurückkehrte. Röhl's Darstellung sei eine „typische Mischung aus Dichtung und Wahrheit.“

Die volle Wahrheit sollen wir jetzt aus seiner Autobiographie erfahren, in der er sich als „roter Kaufmann“ vorstellt, der „ein Menschenleben für den Frieden“ geführt habe: als Geschäftsführer der Deutschen Handelsgesellschaft West-Ost mit Sitz in Hamburg, Düsseldorf und West-Berlin, der er 33 Jahre bis zur Auflösung des Unternehmens 1994 diene. Ein Verfahren, das nach der Wende gegen ihn – wie gegen „Alex“, seinen Geschäftspartner in der DDR und zeitweiligen Konkurrenten im Westhandel Alexander Schalck-Golodkowski – geführt wurde, wurde im Jahr 2000 eingestellt. Verfolgte Unschuld! Er habe, versichert der Verlag Edition Neue Wege (im Besitz von Weggefährten der SEW) auf dem Buchumschlag, immer nur Geschäfte vermittelt „zwischen Kapitalisten und Genossen Außenhändlern, findet Unterstützung von der Partei, leistet Widerstand gegen Vereinnahmung, sieht sich am Ende mit der Wende von Wessi-Justizterror bedroht.“ Sogar die Einstellung des Verfahrens enthalte „noch eine Lüge, ich hätte Gewinn über ein Nummernkonto in der Schweiz in die DDR überwiesen. Tatsächlich aber habe ich bei der einzigen Ausschüttung den Gewinnanteil natürlich an den Mitgesellschafter, die Londoner Bank Arbutnot Latham, nach England überwiesen. Was die damit machten, war nicht meine Sache.“

Unmöglich, hier die Windungen und Wendungen einer Karriere in zweifelhaften Ost-West-Geschäften nachzuzeichnen, die Burmester zu seiner Rechtfertigung als ehrbarer Kaufmann

auf 150 von 400 Seiten ausbreitet. Wen dieses trübe Kapitel politischer Wirtschaftsgeschichte interessiert, der findet hier eine sprudelnde Quelle, vor deren Genuß allerdings eine gründliche Analyse zu empfehlen ist. Auch Burmester, nicht nur Röhl, kennt Dichtung und Wahrheit, wenn er das eigene Dementi, nicht lyrisch zu reden, mit einem selbstverfaßten Gedicht – „das einzige, das ich je aufschrieb“ – widerlegt. Es heißt „Leipziger Helden“ und hebt an: „Da sind sie wieder auf dem Montagsmarsch / sie suchen das Loch im Bundesarsch. / In ihrer Not sind sie nicht zu fein, / sie kröchen dem Kohl noch sonst wo rein.“ Er selbst hat sich bei Honecker in Leipzig nur für Kotau entschieden. In seiner eigenen Prosa: „Ich hieß ihn am Stand der DHG willkommen, redete ihn mit ‚Herr Staatsratsvorsitzender‘ an, stellte den Prokuristen Tredup, meine Frau vor, die er beide mit Handschlag begrüßte [...] Ich begegne ihm ja nicht als Genossen, sondern der Chef einer kleinen Westfirma begrüßt den Präsidenten des Gastlandes. Ich entschied mich für eine tiefe Verbeugung.“

Hannes Schwenger

Bohn, Helmut: Verschlungene Spuren. Eine politische Biographie 1914–1998. Hrsg. und ergänzt von Edel von Freier. Dresden: Edition Antaios 2003, 411 Seiten, 23,80 Euro.

In den Jahrzehnten des SED-Staates beschrieb kein Buch dessen Streitkräfte so umfassend und zuverlässig wie das von Thomas M. Forster (Pseudonym eines Autorenkollektivs). Die erste Auflage erschien 1964 unter dem Titel *Die NVA – Die Armee der Sowjetzone*, die sechste 1984 unter dem Titel *Die NVA – Kernstück der Landesverteidigung der DDR*. Selbst die Genossen des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR konnten nicht darauf verzichten. Aus Devisen-

mangel mußten sie allerdings alle 414 Seiten fotokopieren. Herausgebracht hat dieses Buch der Inhaber des Markus Verlags Köln, Helmut Bohn, der zur sechsten Auflage die Einleitung schrieb und schon 1956 das Buch *Armee gegen die Freiheit. Zur Ideologie und Aufrüstung der Sowjetzone* herausgegeben hatte. Nach der Wiedervereinigung, 1992, verlegte er das von Manfred Backerra herausgegebene Buch *NVA. Ein Rückblick für die Zukunft*, in dem Stabsoffiziere und Generale der NVA ihre Erinnerungen zu Papier brachten und der Befehlshaber des Bundeswehr-Kommandos Ost in den Jahren 1990/91, Generalleutnant Jörg Schönbohm, ein Vorwort schrieb.

Das hier anzuzeigende Buch enthält Bohns politische Biographie, von Edel von Freier herausgegeben und durch Verlagsanzeigen, Auszüge aus Bohns Veröffentlichungen und interne Texte sowie farbige Bilder des Malers Bohn ergänzt. Sie hatte den Verleger 1985 als Herausgeberin des Buches *General Wlassow – Russen und Deutsche zwischen Hitler und Stalin* kennengelernt. Sie charakterisiert ihn als „Zeitzeugen des 20. Jahrhunderts, der nie selbst als Politiker im Rampenlicht gestanden hat und dennoch wie kaum ein anderer politische Meinungsbildung beeinflusste“.

Der 1914 Geborene erlebte bewußt im Jahre 1920 in Essen Übergriffe von „Roten“ nach dem Kapp-Putsch und während der Ruhrbesetzung Demütigungen durch französische Militärs. 1932 wurde er Nationalsozialist, arbeitete nach dem Abitur ohne feste Anstellung für die HJ und die NS-Organisation „Kraft durch Freude“. 1938 wurde er „Hauptschriftleiter“ des *Ruhr Arbeiters*, der Wochenzeitung der Deutschen Arbeitsfront Gau Essen. Aus Gesundheitsgründen wurde er erst nach der Schlacht von Stalingrad eingezogen. Da er sich inzwischen innerlich vom Nationalsozialismus abgewandt hatte, lehnte er es

ab, Kriegsberichterstatter in einer Propagandakompanie zu werden. Er stand als einfacher Soldat an der Ostfront, längere Zeit als Meldegänger, und kam 1944 in sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Im Mittelpunkt seines Kapitels „Die Ärmsten der Armen: Alte Kommunisten“ steht der ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Dr. Fritz Löwenthal, der als Politinstrukteur des Lagers 41 schützend die Hand über ihn hielt. Er flüchtete 1947 in den Westen, wo er der SPD beitrug und Mitglied des Parlamentarischen Rates wurde. Die Amerikaner bestellten ihn zum Chefredakteur der Zeitschrift *Ost-Probleme*, für die Bohn auf Honorarbasis arbeitete. Ein Jahr nach Löwenthals Tod, 1957, brachte Bohn in seinem Markus Verlag dessen letztes Buch, *Das Kommunistische Experiment. Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus*, heraus.

1949 fand Bohns Buch *Vor den Toren des Lebens. In russischer Kriegsgefangenschaft 1944–1947* große Beachtung, auch bei britischen und amerikanischen Stellen.

Der Markus Verlag, der aus dem Verlagshaus M. DuMont Schauberg hervorging, arbeitete eng mit den Bundesministerien des Innern und der Verteidigung zusammen. Er brachte die Zeitschriften *Die Parole* für den Bundesgrenzschutz, die *Bundesgrenzschutz-Informationen*, den Informationsdienst *Innere Sicherheit* und die Soldatenzeitschrift *Visier* auf den Weg, die später von den zuständigen Bundesministerien weitergeführt wurden. Im Jahre 1959 brachte er das Buch *Siegen ohne Krieg. Erfahrungen und Möglichkeiten der psychologischen Verteidigung in der Demokratie* heraus. Im Rahmen der „Psychologischen Kriegführung“ des Bundesverteidigungsministeriums verlegte er 1965/66 „Generalsfestschriften“ für Kielmansegg, Speidel, Heusinger und Manstein, um der Verleumdung der jungen Bun-

deswehr durch die DDR-Propaganda entgegenzuwirken. Er gewann dafür die namhaften deutschen Zeithistoriker Herzfeld, Rothfels und Hillgruber als Autoren sowie Beiträge von ausländischen Militärs. Die *Beiträge zur Konfliktforschung*, vom Bundesverteidigungsministerium finanziert, erschienen 1971 bis 1990 und waren ein wichtiges Organ der Meinungsbildung für Führungskräfte in Politik, Wissenschaft und Militär. Neben den oben genannten Büchern über die NVA und General Wlassow war eine militärpolitisch bedeutsame Publikation die vom Marschall der Sowjetunion Sokolowski verfaßte *Militärstrategie*, deren 2. Auflage, ein Werk von 526 Seiten, 1969 mit einer Einleitung von Generalmajor Dr. Johannes Gerber herauskam. Dieser bestellte für das Bundesverteidigungsministerium 1000 Exemplare, was das verlegerische Risiko klein hielt. Bohns Verlag beschränkte sich jedoch nicht auf den Sicherheitsbereich. Er verlegte die Schriftenreihe *Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa*, den *Türkei-Brief* und die *Hochschulpolitischen Informationen*, das offizielle Organ des 1970 gegründeten Bundes Freiheit der Wissenschaft. Dieser stellte sich die vordringliche Aufgabe, die „marxistischen Eroberer des akademischen Elfenbeinturms“, „rote Kaderschmieden“ und „Anarchistenläden“ im Zuge der Studentenbewegung nach 1968 zurückzudrängen sowie die immer schlimmere Gefahr der „Herrschaft der Bürokratie“ zu kritisieren.

Leider brechen Bohns Erinnerungen, die oft feuilletonistischen Charakter mit gelegentlich eingefügten Gedichten haben und teilweise recht weitschweifig sind, dort ab, wo sie am interessantesten gewesen wären: bei der Darstellung seiner Leistungen für den wehrhaften demokratischen Staat und die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Diese bringt er an einer Stelle mit den Worten

auf den Punkt: „Es ist ein Unterschied, ob jemand sich ausschließlich als ‚Anti-kommunist‘ fühlt oder ob er von Werten erfüllt ist, die den Kommunismus ausschließen. Letzteres gilt für mich.“

Otto Wenzel